# Breslauer  Zeitung.

Vierteljähriger Abonnementspreis in Breslau 2 Thlr., außerhalb incl Porto 2 Thlr. 15 Sgr. Insertionsgebühr für den Raum einer fünftheiligen Zeile in Petitschrift 1½ Sgr.

Expedition: Herrenstraße Nr. 20. Außerdem übernehmen alle Post-Anstalten Bestellungen auf die Zeitung, welche Sonntag und Montag einmal, an den übrigen Tagen zweimal erscheint

**Nr. 46. Mittag-Ausgabe.** Neunundvierzigster Jahrgang. — Verlag von Eduard Trewendt. **Dinstag, den 28. Januar 1868.**


## Deutschland.

### O. K. C. Landtags-Verhandlungen.

**Berlin**, 27. Januar.

### 37. Sitzung des Hauses der Abgeordneten.

Eröffnung 10½ Uhr. Am Ministertisch die Commissarien Lehnert, Knerk u. A.

Präsident v. Forckenbeck: Ich habe dem Hause eine traurige Nachricht zu verkünden. Der Abg. Commercienrath Leonor Reichenheim ist gestern Morgen um 10 Uhr in Folge eines Nervenschlages sanft entschlafen. Seit 1859 ohne Unterbrechung für den Wahlkreis Waldenburg-Reichenbach Mitglied dieses Hauses, war er in einzelnen Commissionen thätig; von 1859 bis 1862 in der Commission für Handel und Gewerbe, von 1863 bis zuletzt unausgesetzt in der Budget-Commission. Wir Alle, namentlich die Mitglieder des früheren Hauses und der Budget-Commission, wissen es, mit welchem rastlosen Eifer und mit welcher unermüdlichen, sich und seine Kräfte nie schonenden Thätigkeit er sich den öffentlichen Interessen des Vaterlandes gewidmet und was er dadurch geleistet hat. Ich ersuche die Mitglieder des Hauses, sich von ihren Plätzen zu erheben, um das Andenken des Verstorbenen zu ehren. (Das Haus erhebt sich.) Das Begräbniß findet Mittwoch, den 29. d. Mts., Vormittags 11 Uhr, vom Trauerhause aus, Thiergartenstraße Nr. 19, statt; ich lade die Mitglieder des Hauses ein, sich dazu einzufinden.

Der Präsident fährt fort: M. H.! Ich schlage Ihnen vor, falls wir mit unserer heutigen Tagesordnung in der Tagessitzung nicht fertig werden, um 3 Uhr die Sitzung zu vertagen und Abends um 7 Uhr fortzusetzen. Wir haben bei der Vorberathung des Budgets noch zu erledigen: die Etats der Krondotation, der öffentlichen Schuld, der directen und indirecten Steuern, der öffentlichen Kassenverwaltung, den Etat für die hohenzollerschen Lande und das Etatgesetz; sodann außer der Schlußberathung noch 17 Vorlagen der Regierung und 13 Anträge von Mitgliedern des Hauses. Es liegen dem Hause außerdem vor 846 Petitionen, von denen erst 172 erledigt und 104 als zur Berathung im Plenum für nicht geeignet erachtet worden sind. Von den Vorlagen der Staatsregierung sind 5 zur Berathung im Plenum vorbereitet, von den Anträgen der Mitglieder 6. Sie werden daraus ersehen, daß es der Geschäftsgang des Hauses dringend nöthig macht, die Vorberathung des Budgets mehr, wie bisher, zu beschleunigen, (Beifall rechts.) Ich bitte hierzu um lebhafte Unterstützung von allen Seiten des Hauses. (Beifall rechts.) Es wird sonst nicht möglich sein, allen Geschäften in gleichem Maße gerecht zu werden. (Beifall rechts.)

Die Berathung des Etats des Cultusministeriums war stehen geblieben bei dem Abschnitt Medicinalwesen (Provinzialbehörden. Tit. 37 bis 41.) Es liegen dazu folgende Anträge vor:

1) Vom Abg. Virchow: Die Regierung aufzufordern, die Organisation der Medicinalbehörden im ganzen Staate einer Prüfung zu unterwerfen und dabei insbesondere die Frage zu erwägen, ob nicht die Stellen der Kreiswundärzte und der Provinzial-Medicinal-Collegien gänzlich aufzuheben, und dafür die Gehälter und der Geschäftskreis der Kreisphysiker und der Regierungs-Medicinalräthe aufzubessern, bezüglich zu erweitern seien.

2) Von den Commissarien des Hauses: a. Von den in Ansatz gebrachten Gehältern für zwei Medicinal-Inspectoren für Schleswig und Holstein eines als künftig wegfallend zu bezeichnen. b. Die Gehälter der Mitglieder des zu reorganisirenden Provinzial-Medicinal-Collegiums für Schleswig und Holstein in Uebereinstimmung mit den Normen für diese Collegien in den übrigen Provinzen auf den Etat pro 1869 zu bringen.

3) Vom Abg. v. Pommer-Esche: Die für die Kreis-Wundärzte angesetzte Summe von 47,170 Thlrn. 19 Sgr. in die Colonne „darunter künftig wegfallend" zu setzen.

Abg. Dr. Virchow: Die Organisation der Medicinal-Behörden in den alten Provinzen hatte so erhebliche Mängel, daß nur ihr thatsächliches Bestehen es erklärt, wenn wir bisher darüber hinweggingen. Die Kosten ihrer Uebertragung auf die neuen Provinzen. sind unverhältnißmäßig hoch gegriffen; während z. B. die Kreisphysici in den alten Provinzen eine Summe von 68,800 Thlr. kosten, betragen ihre Gehälter in den neuen 74,753 Thlr., sind also um die Hälfte höher. Wir bedürfen einer ganz neuen Organisation; denn zunächst hat sich die Stellung der gerichtlichen Medicin gegen früher wesentlich geändert.

Zur Zeit des schriftlichen Verfahrens in der Strafgesetzgebung wurden auch die sachverständigen medicinischen Urtheile auf diesem Wege eingeholt, und zwar zunächst in jedem Kreise durch den Kreisphysikus und Kreiswundarzt, in zweiter Instanz durch die Provinzial-Medicinal-Collegien, und in dritter durch die wissenschaftliche Deputation im Ministerium. Trotzdem nun mit dem mündlichen Verfahren und den Geschworenengerichten in allen übrigen Richtungen eine veränderte Praxis eingetreten ist, so hat man doch die schriftlichen Medicinal-Gutachten beibehalten, noch ein Erkenntniß des Obertribunals vom 13. November 1856 stellt dies ausdrücklich fest. Dies Verfahren ist jedoch gegenwärtig ein Anachronismus und nicht verträglich mit den Grundsätzen der Rechtsprechung. Bei jeder Einholung von Superarbitrien wird eine über die Acten hinausgehende Kenntniß abgeschnitten. Das Collegium ist gebunden an das Quantum von Thatsachen, das einmal in den Acten gegeben ist. Es ist also das alte schriftliche Verfahren, nur beschränkt auf einen bestimmten Punkt, und ich frage mich vergeblich, was für Vorzüge dasselbe haben soll. Die Gerichtshöfe würden vollkommen in der Lage sein, die nothwendigen Sachverständigen in Person vor die Geschworenen zu bringen. Das ist durch die gegenwärtige Einrichtung allerdings nicht ausgeschlossen, an manchen Orten hat sich sogar diese Praxis durch das Bedürfniß geltend gemacht, aber diese Praxis müßte allgemein sein; es würde dadurch das Verständniß der wissenschaftlichen Fragen, welche bei der Verhandlung zur Sprache kommen, für die Geschworenen wesentlich gefördert werden, und in Folge dessen ihr unbefangenes Urtheil. Denn nichts ist schwieriger, als der Vorlesung langer wissenschaftlicher Berichte mit Aufmerksamkeit zu folgen.

So ist es in England und die Verhandlungen werden dort doch nicht weniger wissenschaftlich geführt als bei uns. Ich weiß auch aus Erfahrung, wie schwierig es für die Sachverständigen ist, einfach auf Grund der in den Acten zusammengedrängten Thatsachen auf die zum Ueberfluß noch im Voraus formulirten Fragen klar zu antworten. Die Regierung könnte einfach diese Instanz ganz abschaffen und es den Gerichtshöfen überlassen, die zweckmäßigsten Sachverständigen zur unmittelbaren mündlichen Verhandlung herbeizuziehen. Dazu bedarf es aber einer Aenderung unserer Criminalordnung, die auch mein Antrag vorausgesetzt. Ueber die Kreiswundärzte habe ich sehr wenig zu sagen. In älterer Zeit bestand bekanntlich eine Trennung im Studium, indem die eine Kategorie nur die innere Medicin, die andere nur die Wundarzneikunde studirte, daher die Einrichtung, daß man zwei amtliche Personen, einen Kreisphysikus und einen Kreiswundarzt neben einander stellte. Aber seit Ende des vorigen Jahrhunderts ist diese Trennung nach und nach aufgehoben und jetzt können wir mit Stolz sagen, das jeder Arzt als Physikus wie als Wundarzt fungiren kann. Daher hat die Regierung auch schon seit Decennien anerkannt, daß die Kreiswundarztstellen mit wirklichen Aerzten besetzt werden können und nicht blos mit Chirurgen. Damit ist aber auch aller Grund weggefallen, diese Kategorie von Personen noch besonders beizubehalten.

Die andere Seite der öffentlichen Medizin, die einer Reform bedarf, ist die öffentliche Gesundheitspflege, die Sanitätspolizei. Ich meine, daß die Thätigkeit der angestellten Gerichtsärzte auf ein immer bescheideneres Maß zurückgeführt, dagegen ihnen eine größere Wirksamkeit nach jener Richtung hin eröffnet werden müßte. Der große Fortschritt der neueren Gesundheitspflege besteht darin, daß man immer mehr Krankheiten vermeiden lernt; sie hat daher auf die Wohnungs- und Lebensverhältnisse der Bevölkerung ihr Augenmerk zu richten. Ich hoffe, daß dieser Gesichtspunkt der Vorbeugung der Krankheiten in diesem Hause allgemeine Anerkennung finden wird, und dann werden Sie mir zugestehen, daß die gegenwärtige Organisation dafür außerordentlich wenig leistet und daß die künftige nach dieser Richtung hin gedrängt werden muß. Die Beamten, welche für die öffentliche Gesundheit Vorsorge zu treffen haben, müssen nothwendig Einzelbeamte sein, sie müssen an Ort und Stelle die Verhältnisse [illegible]t untersuchen können, in persönlichem Verkehr mit den Executiv-Beamten stehen und eine unmittelbare Einwirkung auf die Verhältnisse ausüben können. Es kann sich hier nicht darum handeln, Collegien zu haben, ja die Regierung hat in der Stellung, die sie den Medizinal-Collegien gegeben hat, dies auch seit langer Zeit anerkannt. Sie sind aufgestellt als rein wissenschaftlich und technisch Rath gebende Behörden. Daher entbehrt die Regierung im Augenblick eigentlich aller Einrichtungen, die ihr eine volle genügende Kenntniß der Sanitätsverhältnisse der einzelnen Kreise und Provinzen verschaffen können. Denn obwohl diese Behörden im Allgemeinen berufen wären, derartige Berichte zu erstatten, so stehen sie doch in einer so zurückgedrängten Stellung, daß dasjenige eben nicht geleistet wird, was geleistet werden soll.

Bekanntlich werden die Kreis-Physici in der Weise angestellt, daß irgend ein praktischer Arzt ein Gehalt von beiläufig 200 Thalern erhält, wofür er gewisse amtliche Functionen zu übernehmen hat. Sie können sich aber selbst sagen, daß ein Arzt, der genöthigt ist, für seine eigene Existenz durch seine Praxis zu sorgen, seine amtliche Thätigkeit doch als eine vollständig nebensächliche betrachten muß; er wird also keine irgend größere freiwillige Thätigkeit ausüben, hat auch in der That keine Zeit dazu; er hat sie nur dann, wenn, was übrigens gar nicht selten vorkommt, die Bevölkerung kein Vertrauen zu ihm hat, und in diesem Falle möchte seine freiwillige amtliche Thätigkeit an andern Mängeln leiden. An einem gleichen Uebelstande leidet die Stellung der Regierungs-Medicinalräthe, und so ist das Resultat von alledem, daß die Regierung über die Sanitätsverhältnisse eines bestimmten Bezirkes nie genau unterrichtet ist. Ich führe ein Beispiel an: die Frage des Hungertyphus in Ostpreußen. Der Herr Minister des Innern hat dafür gesorgt, daß die amtlichen Berichte über den Nothstand regelmäßig in der „Provinzial-Correspondenz" veröffentlicht werden. Nach dieser ist der Gesundheitszustand in Ostpreußen im Ganzen ein günstiger. Besondere Beachtung verdient nach Dr. Leyden der Typhus, der in zwei Formen zum Vorschein kommt. In der einen Form, als Darmtyphus, der in Ostpreußen öfter auftritt und mit dem Nothstande nichts zu thun hat, in der zweiten als exanthematischer Typhus; dieser, der schon in den Jahren 1847 und 1848 ungewöhnlich verbreitet war, wird Hungertyphus genannt, obgleich er mit dem Hunger in keiner directen Verbindung steht und nicht allein in Folge schlechter und unzweckmäßiger Nahrung entsteht. Dieser Typhus, der in Oberschlesien seine Heimath hat und sich schon im vorigen Winter bis an die Weichsel verbreitet hat, ist in diesem Winter auf unbekannten Wegen auf das rechte Weichselufer übergegangen und in Lötzen ausgebrochen. Es folgen im Blatte noch einige Details und am Schlusse: „Nur etwa Einer von zehn Kranken stirbt".

M. H., dieser amtliche Bericht constatirt also zuerst, daß der Darmtyphus, welcher öfter in Ostpreußen auftritt, nach dem Ausspruche des Dr. Leyden mit dem Nothstande nicht zusammenhängt, nun einen solchen Zusammenhang hat, so viel ich weiß, Niemand behauptet, und da später gesagt wird, daß es der andere Typhus sei, der Hungertyphus genannt werde und sich nach Lötzen auf unbekannten Wegen verbreitet habe, so ist diese Behauptung sonderbarer Weise an eine Stelle gekommen, wo sie gar nicht in Frage war; eine Antwort ist da gegeben, wo Niemand gefragt hat. Die Frage war nur auf den anderen Typhus gerichtet. Von diesem wird behauptet, „es sei unrichtig, daß er allein aus unzureichender Nahrung stamme." Dies kann verschieden gelesen werden, je nachdem man das „allein" betont. So lange die Wege unbekannt sind, auf denen der Typhus aus Oberschlesien nach Lötzen gekommen, ist es, glaube ich, möglich, anzunehmen, daß er sich in Lötzen selbst entwickelt hat. So spricht also die „Provinzial-Correspondenz". Die königliche Regierung in Gumbinnen giebt in ihrem Amtsblatte vom 15. Januar d. J. folgende Darstellung: „In mehreren Kreisen des Regierungsbezirks ist der ansteckende Typhus aufgetreten. Da diese Krankheit in minder gefährlicher Form in unserer Gegend häufig vorkommt und den Aerzten nicht ungewöhnlich ist, so hat sie schon bei ihrem Auftreten im September v. J. unter Arbeitern u. s. w. nicht diejenige Beachtung gefunden, welche erforderlich gewesen wäre, ihrer Verbreitung Einhalt zu thun. Diese Krankheit ist ursprünglich durch verdorbene Luft erklärt worden, durch das Zusammenleben vieler Menschen, namentlich, wenn noch andere Umstände mitwirken, z. B. schlechte Witterung, Mangel an Kleidung und zweckmäßiger Nahrung.

Also die königl. Regierung in Gumbinnen sagt, der Typhus komme in der Gegend häufig vor und sei den Aerzten nichts Ungewöhnliches; die „Provinzial-Correspondenz" behauptet, er sei nur in Oberschlesien einheimisch und auf unbekannten Wegen nach Ostpreußen eingeschleppt worden. Die Regierung in Gumbinnen erkennt ausdrücklich an, daß unzweckmäßige Ernährung ein wesentliches Moment bei der Entstehung des Typhus ist, während der Bericht der „Prov.-Corresp." dies bestreitet. Ich bin nicht in der Lage, zu entscheiden, wer Recht hat, ob die Regierung in Gumbinnen oder die „Prov.-Corresp." Die Regierung ist der Ansicht, daß, wenn man früher den schon im September v. J. bestehenden Krankheitszustand erkannt und in seiner Bedeutung gewürdigt hätte, die weitere Verbreitung nicht eingetreten wäre. (Ruf rechts: zur Sache!) Ich kann nur constatiren, daß diese Art Typhus seit dem vorigen Jahre nicht blos in Ostpreußen, sondern auch hier in Berlin, im Regierungsbezirk Stralsund und andern bekannten Orten aufgetreten ist, daß er sich in sehr ansteckender Weise verbreitet hat (Ruf: zur Sache! rechts), daß aber nirgends Etwas geschehen ist. Meine Herren, es ist das zur Sache —, ich will sehr gern Ihrem Urtheilsvermögen dabei zu Hilfe kommen, — weil ich auseinandersetzen will, daß die bisherige Organisation unserer Medicinalbehörden nicht ausreichend ist, um derartigen Mißständen rechtzeitig vorzubeugen, weil diese Behörden eine zu wenig unabhängige und entscheidende Stellung haben, und die Regierung zu spät von der Existenz solcher Verhältnisse Kenntniß bekommt.

Wenn ich also hier aus zwei amtlichen Documenten so große Widersprüche constatire, welche die Einwirkung der Regierung auf Beseitigung der Uebelstände nach zwei ganz verschiedenen Richtungen hin wenden, so ist das der beste Beweis dafür, daß denjenigen Aerzten, welche mit der Handhabung der öffentlichen Gesundheitspflege beauftragt sind, eine größere Unabhängigkeit und zugleich eine größere Verantwortlichkeit gegeben werden muß. Dies läßt sich aber nicht eher erreichen, als bis man das Gehalt besser normirt. Der Antrag des Herrn v. Pommer-Esche geht insofern auf meinen Gedankengang ein, als er die Ansätze im Etat für die Kreiswundärzte als künftig wegfallend bezeichnen will, und ich könnte mich demselben anschließen, wenn mir die Sicherheit dafür gegeben würde, daß in dem Maße, als die Gehälter der Kreiswundärzte eingezogen werden, die entsprechenden Summen zur Aufbesserung der Gehälter der Kreisphysici verwandt werden. Mein Antrag schließt auch diesen Zweck ein; ich wünsche, daß gewisse Stellen eingezogen werden, aber daß das Geld diesem Departement erhalten bleibe, damit die Organisationen geschaffen werden, welche ich für nothwendig und für zuträglich halte. (Beifall links, Zischen rechts.)

Abg. Karsten motivirt die Anträge der Commissarien des Hauses.

Reg.-Commissar Lehnert: Dem Antrage der Commissarien schließt sich die Regierung in beiden Punkten an, vorbehaltlich der Aenderungen, die durch die vom Abg. Virchow beantragte Reorganisation des Medicinalwesens später als nothwendig sich herausstellen werden. Auch der Virchow'sche Antrag ist der Regierung willkommen. Die Beseitigung der Provinzial-Medicinal-Collegien kann jedoch nur im Wege der Gesetzgebung erfolgen, wozu vor Allem eine Einwilligung des Justizministers zur Abänderung der Criminal-Ordnung nothwendig ist. Ob diese im Wege einer Novelle oder durch eine neue Codification der ganzen Criminalordnung geschehen wird, vermag ich im Augenblicke nicht vorauszusehen. Ich erkläre außerdem persönlich, daß ich nicht ganz die Ansicht des Abg. Virchow über die Bedeutung der Medicinal-Collegien theile. In Beziehung auf die einfache Beseitigung der Kreis-Wundärzte bemerke ich, daß die Zuziehung zweier ärztlichen Personen in der Criminalordnung ebenfalls vorgeschrieben ist. Daß das Gehalt der Kreis-Physici und Medicinalräthe zu gering ist, erkennt die Regierung an. Wenn die Zwecke der Reorganisation erreicht werden sollen, die der Herr Abgeordnete mit Recht als erstrebenswerth hinstellt, so wird jedenfalls ein Kreis-Physikus für einen Kreis nicht genügen und ebensowenig ein Medicinalrath für einen Bezirk; es werden hier also bedeutende Mittel in Anspruch genommen werden. Daß die Regierung jetzt aller Mittel entbehrt, um die Gesundheitszustände eines Kreises kennen zu lernen, kann ich nicht zugeben; auch die beste Organisation wird nicht allen Uebelständen abhelfen. Die Regierung acceptirt den Antrag in dem Sinne, daß ihr freie Hand gelassen wird, denselben zu prüfen. Dagegen muß ich mich auf das Entschiedenste gegen den Antrag von v. Pommer-Esche erklären.

Abg. v. Pommer-Esche zieht darauf seinen Antrag zurück und die Anträge der Commissarien und des Abg. Dr. Virchow werden mit großer Majorität angenommen.

Abg. Dr. Schläger fragt, ob die Regierung die Thierarzneischule in Hannover umzugestalten oder zu verlegen beabsichtige. Regierungs-Commissar Lehnert verneint diese Frage.

Abg. Dr. Virchow: Da die Stellung der Thierärzte der Armee eine sehr ungenügende ist, so können auch die Ansprüche an ihre wissenschaftliche Ausbildung nur gering sein. Die Thierarzneischule in Berlin ist in den letzten Jahren gegen früher bedeutend in ihren Leistungen zurückgegangen, und ihr Besuch hat auch erheblich abgenommen. Die Thierarzneischulen von dem Ressort des Cultusministeriums auf das des landwirthschaftlichen zu übertragen, würde ich nicht empfehlen, weil dieselben hierdurch ihren wissenschaftlichen Charakter noch mehr verlieren würden.

Reg.-Commissar Lehnert: Die Leistungen der Berliner Thierarzneischule haben sich eher gehoben als verringert, indem beispielsweise den Eleven durch neue Einrichtungen Gelegenheit gegeben wird, nicht nur Pferde und Hunde, sondern auch Rindvieh, Schafe und Schweine in gesundem wie in krankem Zustande zu beobachten. Die Zahl der Eleven hat sich vermindert, weil die Stellung der Thierärzte zu wenig gesichert ist gegen die Medicinal-Pfuscherei. Nur Wurm, Rotz, Milzbrand und Koller ist der Behandlung der approbirten Thierärzte vorbehalten, während alle übrigen Krankheiten von Jedem behandelt werden dürfen. In Betreff der Armee-Thierärzte hat der Kriegsminister bereits die Zusicherung gegeben, daß ihre Stellung geändert und von ihnen dieselbe Ausbildung gefordert werden soll, wie von den Civil-Veterinär-Aerzten.

Abg. Dr. Virchow: Wenn an einer Thierarzneischule in Berlin, wo noch so viele andere Anziehungspunkte mitwirken, aus anderen Ländern nicht mehr als 12 Eleven ihre Studien machen, während dieselbe früher aus allen Theilen Deutschlands besucht wurde, so kann der Grund nicht allein an der durch Medizinalpfuscherei ungesicherten Stellung der Thierärzte liegen. Die Regierung sorge durch geeignete Institute dafür, daß das Publikum eine Garantie für tüchtige und zuverlässige Thierärzte hat, so wird die Pfuscherei von selbst aufhören; einen gesetzlichen Schutz gegen dieselbe halte ich für durchaus ungeeignet; wenn das Publikum sich der als brauchbar anerkannten Aerzte nicht bedienen will, so mag man es ihm selbst überlassen, wenn es sein Vieh zu Tode kuriren läßt.

Reg.-Comm. Lehnert: Die Medizinalpfuscherei nimmt nicht in demselben Maße ab, wie die Zahl der approbirten Aerzte zunimmt; das folgt aus der Analogie mit den Medizinalverhältnissen für die menschliche Gesundheitspflege, wo gerade in der letzten Zeit die Medizinalpfuscherei einen ganz exorbitanten Umfang erreicht hat.

Zu Titel 12 der außerordentlichen Ausgaben (Umbau eines Universitätsgebäudes in Kiel 54,000 Thaler) bemerkt Abg. Karsten, es sei bereits durch Privatbeiträge zu dem genannten Zweck die Summe von 126,000 Thaler zusammengebracht; da der Bau dringend nothwendig sei, so bitte er, die beantragte Rate als Staatszuschuß bewilligen zu wollen.

Reg.-Comm. Knerk erkennt das Bedürfniß ebenfalls an, und erwartet, daß das Haus durch sein Votum der Regierung die Garantie geben werde, daß der Bau auch in Zukunft seinen ununterbrochenen Fortgang nehmen könne.

Die Position wird hierauf ohne Widerspruch genehmigt.

Zu Tit. 32. (Zur Erneuerung des Mauerputzes und des Daches des älteren Museengebäudes in Berlin, 2. Rate 20,000 Thlr.) fragt Abg. Duncker, ob diese 20,000 Thlr. etwa zum Umbau des Museums verwendet werden sollen, alsdann müsse er sie verweigern; denn die zur Erhaltung bestimmten Summen dürften nicht zur Zerstörung des Museums verwendet werden. Der Conservator der Kunstdenkmäler scheint seine Aufmerksamkeit vornehmlich auf solche Werke zu richten, die schon Jahrhunderte alt sind, nicht aber auf die, welche hervorragende Geister vor weniger als einem Menschenalter ins Leben gerufen haben. So ist der herrlich ornamentirte Vorhang Schinkels im Schauspielhause beseitigt und als „altes Eisen" behandelt worden; so ist im Museum verfahren, in welchem man nicht nur die Anordnungen des Erbauers, sondern sogar die des königl. Bauherrn bei Seite schob.

Reg.-Commissar Lehnert: Die Frage der Veränderungen im Museum soll einer besonderen Commission von Sachverständigen unterbreitet werden. Es ist nicht zu zweifeln, daß der König einen von ihr entworfenen Plan genehmigen wird und ich glaube nicht, daß das hohe Haus einen solchen Bauplan in allen seinen Details einer Revision unterwerfen wird. Es scheint mir nicht zweckmäßig, hierin überhaupt einen Druck auf die Regierung ausüben zu wollen. Zunächst kommt die Frage in Betracht: Bedürfen die Schätze des Museums eines Schutzes gegen die Witterung? Dies ist der Fall, und wer den Zweck will, muß auch die Mittel wollen, Regen und Schneewasser können wir nicht anders abhalten, als wenn das Dach erneuert wird. Man kann der Regierung vertrauen, daß sie den Bau nur nach reiflicher Ueberlegung unternehmen wird. Den vom Hrn. Abg. Duncker dem Conservator gemachten Vorwurf, daß es ihm immer darauf ankäme, hundert- und tausendjährige Kunstwerke zu erhalten, muß ich entschieden zurückweisen, es liegt nicht in seiner Stellung, die Initiative zu ergreifen. Daß er für Schinkel Interesse hat, kann man aus dem Protest entnehmen, den er gegen den Abbruch des Hauses an der Neuen Wilhelmsstraße erhoben hat. — Ich kann nur bitten, diese 20,000 Thlr. zur Herstellung eines wasserdichten Daches zu bewilligen.

Abg. Duncker erklärt, daß er nach den Bemerkungen des Regierungscommissars die Position nicht bewilligen könne.

Tit. 32 wird darauf fast einstimmig angenommen.

Zu Tit. 33 (zum Bau eines Gebäudes für die Nationalgallerie in Berlin, dritte Rate — 150,000 Thlr.) erhält das Wort

Abg. v. Sybel: Die Nationalgallerie soll die Werke lebender Künstler aufnehmen, namentlich Werke der historischen Kunst. Zu letzterem Zwecke sind jährlich 25,000 Thlr. ausgeworfen; ich frage, ob diese Summe angemessen der Vergrößerung des Staatsgebietes und der Kunstinstitute in Preußen erhöht wird. Sodann wäre der Zweck der Nationalgallerie wesentlich gefördert, wenn es gelänge, daß die Kunstschätze, welche uns früher gehört haben, z. B. die Düsseldorfer Gallerie, die gegenwärtig in München ist, wieder preußisches Eigenthum wird. Diese Frage wurde im Friedensschluß mit Baiern Gegenstand einer besonderen Stipulation, es ist festgesetzt worden, daß von Seiten beider Mächte Männer ernannt werden, welche über die Rechtsansprüche preußischerseits entscheiden sollten. Wie weit ist diese Sache gediehen?

Regierungscommissar Lehnert: Sobald die Mittel dazu vorhanden sind und die Ueberzeugung des Hauses eben dahin geht, wird die Verwaltung nicht anstehen, eine höhere Summe für den Ankauf moderner Gemälde auf den Etat zu bringen. Was den zweiten Punkt betrifft, so ist die Regierung in Düsseldorf bemüht, das zur Substantiirung der Frage erforderliche Material zu beschaffen, was eine sehr mühsame Arbeit ist. Der Erfolg bei solchen Fragen ist zweifelhaft, die Regierung hat die Sache fortwährend im Auge.

Zu Tit. 34 (Denkmäler in Düppel und auf Alsen, 1. Rate 35,976 Thlr.) äußert Abg. Duncker Bedenken gegen die Pyramidalform und empfiehlt einen Massenbau.

Zu Tit. 35 (Für die mitteleuropäische Gradmessung 23,480 Thaler) beantragt Abg. Dr. Engel: 1) Die im Hauptetat für die große Landes-Triangulation für 1868 geforderten 51,800 Thlr., 2) die 23,480 Thlr. für die mitteleuropäische Gradmessung zu bewilligen. 3) Die Regierung aufzufordern, dem gesammten Vermessungswesen im preußischen Staat eine einheitliche Organisation zu geben und in der nächsten Session hierüber eine Denkschrift vorzulegen.

Abg. Dr. Engel: Seit dem Beschlusse vom 17. December v. J., die Bewilligung der für die Landestriangulation geforderten 51,800 Thlr. bis zur Berathung der für die mitteleuropäische Gradmessung geforderten 23,480 Thlr. auszusetzen, hat der Cultusminister eine Vorlage über die letztere Position gebracht und der große Generalstab sich veranlaßt gesehen, seine Arbeiten dem Gutachten einer anerkannten Autorität, dem Präsidenten der Gradmessung, Geh. Rath Hausen, Director der Sternwarte zu Gotha, zu unterwerfen, der diese Arbeiten sehr anerkennend beurtheilt hat. Dadurch hat die trigonometrische Abtheilung des Generalstabes ein Fundament für ihre Arbeiten gewonnen und es liegt nun kein Grund mehr vor, die geforderte Summe

zu beanstanden, nachdem der Beschluß vom 17. December seine Früchte getragen.

Regierungscommissar Major Bronsart v. Schellenberg erklärt, daß die Regierung mit den ersten beiden Punkten des Antrags Engel einverstanden sei. Was den dritten Punkt betrifft, so befindet sich die Staatsregierung seit längerer Zeit in Unterhandlung innerhalb der verschiedenen Ministerien, um eine Centralbehörde für das Vermessungswesen zu schaffen. Eine bindende Verpflichtung kann aber nicht übernommen werden, in der nächsten Session eine Denkschrift vorzulegen.

Reg.-Commissar Ambronn: Ein Tadel, den der Herr Abg. Dr. Engel am 17. December v. J. ausgesprochen, ist stehen geblieben, nämlich der, daß in Folge der Grundsteuervermessung 18 Quadratmeilen verloren gegangen sind (Heiterkeit), wenigstens habe die Verwaltung nicht nachweisen können, wo sie geblieben sind, wenn sie überhaupt vorhanden gewesen sind. (Heiterkeit.) Er hat gerechte Zweifel gehabt, daß sie überhaupt nicht vorhanden gewesen sind, und stützt sich dabei auf statistische Angaben. Die Regierung hat über diese Sache beiden Häusern im October 1865 in einer besonderen Denkschrift Mittheilungen gemacht. Wenn der Herr Abgeordnete diese ausführlichen Mittheilungen gehörig gewürdigt hätte, würde er zu seinem Schlusse, daß die Vermessungsarbeiten nichts werth sind, nicht gekommen sein. Denn es ist dort nachgewiesen, daß die früheren Angaben auf ungenauen Karten beruhen. Es hat sich ergeben, daß nach verschiedenen Angaben verschiedene Kreise um ¼, ½, ¾, Schweidnitz sogar um 1, andere Kreise um 2 Quadratmeilen zu groß angegeben sind. Indeß sind die Vermessungsarbeiten günstig vorgeschritten. Ich kann dem hohen Hause die Beruhigung geben, daß nicht mehr 18, sondern nur 16 Quadratmeilen fehlen. (Heiterkeit.)

Abg. Engel zieht hierauf den dritten Theil seines Antrages zurück, derselbe wird jedoch von dem Abg. v. Vincke (Olbendorf) wieder aufgenommen und hierauf der ganze Antrag angenommen.

Gegen die übrigen Positionen wird ein Widerspruch nicht erhoben, worauf das Haus in die Berathung des Etats der Eisenbahnverwaltung eintritt.

Regierungs-Commissar v. d. Reck motivirt die Erhöhung des diesjährigen Etats durch den Zutritt der Eisenbahnen aus den neuerworbenen Provinzen und recapitulirt die Ziffern. Es sind danach vorhanden in Hannover 116 Meilen, in Hessen 53, in Nassau 37, auf Frankfurter Gebiet 2, in Schleswig 36 und in Holstein und Lauenburg 51 Meilen; in Summa betragen die neuerworbenen Staatsbahnen 168,8, die Privatbahnen 121,9, also zusammen 290,7 Meilen.

Abg. v. Sybel: Obwohl das Eisenbahnwesen, das jetzt der Bundesgesetzgebung untergeordnet ist, einer einheitlichen Organisation noch entbehrt, haben wir uns als Commissarien des Hauses doch jedes Antrages enthalten, weil wir die Schwierigkeiten der Durchführung eines einheitlichen Systems anerkennen und zugestehen mußten, daß die richtigen Grundsätze bereits nach Möglichkeit zur Geltung gebracht werden. — Redner geht sodann auf eine Reihe einzelner Fragen, wie die Gleichstellung der Beamtenbesoldungen und dergleichen ein, glaubt aber, daß man auch in dieser Beziehung von der Entwickelung dieses Zweiges der Bundesgesetzgebung Abhilfe mancher noch bestehender Uebelstände zu erwarten habe.

Abg. Dr. Hammacher spricht in Uebereinstimmung mit den Commissarien des Hauses der Staatsregierung seinen Dank für die Verwaltung der Staatsbahnen und den segensreichen Einfluß aus, den dieselbe auf die Entwickelung der Privatbahnen ausgeübt habe. Gegen die Zahlen des Etats habe er das Bedenken, daß die Staatsregierung bei den Ansätzen der Einnahmen nicht eine naturgemäße Entwickelung zur Grundlage genommen, sondern auf einen zu hohen Reinertrag der Eisenbahnen, namentlich in den alten Provinzen, gerechnet habe. So sei der Ertrag der Niederschlesisch-Märkischen Bahn auf 8,200,000 Thlr. veranschlagt, während derselbe im Vorjahr auf 7,500,000 Thlr. angesetzt worden sei, aber nur 7,282,271 Thlr. betragen habe. Dadurch werde eine Unsicherheit herbeigeführt, welche die Zuverlässigkeit der Etatsaufstellungen erschüttern müsse.

Reg.-Comm. v. d. Reck: Ich bestreite nicht die Möglichkeit, daß eine oder die andere Bahn hinter den erwarteten Erträgen zurückbleiben kann, die größte Wahrscheinlichkeit spricht aber dafür, daß ein solcher Ausfall dann durch den Ueberschuß aus andern Bahnen gedeckt wird.

Der Handelsminister theilt diese Hoffnung. Wenn die Niederschlesisch-Märkische Bahn durch die Görlitzer Bahn Manches verliert, so wird sie durch die Gebirgsbahn sicher ebenso viel gewinnen.

Abg. Overweg rügt die sehr große Benachtheiligung der Privatbahnen durch die sogenannten militärischen Rücksichten bei ihren Bauten; und führt als Beispiel die Beschränkungen an, die man der Bergisch-Märkischen Eisenbahn aus solchen Gründen auferlegt. Er erklärt es für wünschenswerth, daß der Kriegsminister sein bisheriges Princip mit Bezug auf fortifikatorische Anlagen aufgebe, da das bisherige den Verkehr sehr belästige und der Ausdehnung des Eisenbahnnetzes nur hinderlich sei; und verlangt vom Handelsminister, daß er exorbitanten Forderungen des Kriegsministers entgegentreten möge. (Beifall.)

Der Handelsminister erklärt, daß er in dieser Beziehung stets sein Möglichstes gethan habe; die Staats-Regierung habe in letzter Zeit mit Bezug auf Gestattung von Eisenbahnbauten auch ein milderes Princip gehandhabt.

Der Schluß der Generaldebatte wird angenommen.

Es folgt die Special-Debatte über Einnahmen. A. Staats-Eisenbahnen.

Kapitel 1 (Niederschlesisch-Märkische Bahn 8,200,000 Thaler), Kapitel 2 (Verbindungs-Eisenbahn zu Berlin 115,000 Thaler) werden ohne Debatte genehmigt.

Zu Cap. 3 (Ostbahn 7,000,000 Thlr.) rügt Abg. v. Bethmann-Hollweg, daß nur ein Nacht-Courierzug von Berlin nach Königsberg eingerichtet sei und wünscht die Einrichtung eines zweiten Tages-Courierzuges im Interesse des eigenen und des durchgehenden Verkehrs. Der Handelsminister: die Bereitwilligkeit, abzuhelfen, habe er durchaus; in diesem Jahre werde es aber unmöglich sein. Abg. Coupienne wünscht eine größere Ermäßigung der Frachten für Rohstoffe; wird aber vom Vicepräsidenten v. Köller unterbrochen, da gegenwärtig Specialdiscussion über die Ostbahn stattfinde. — Die Position wird genehmigt.

Zu Cap. 4 (Westfälische Eisenbahn 2,500,000 Thlr.) wünscht Abg. Hammacher gleichfalls eine Ermäßigung des Tarifs für die Beförderung von Rohmaterialien, speciell für Roheisen und Schmiedeeisen, der auf der Westfälischen Bahn viel höher sei, als auf den anderen Staatsbahnen. Die Folge davon sei, daß man unnatürliche Umwege für die Beförderung dieser Produkte einschlagen müsse, wodurch der Verkehr überhaupt gehemmt und geschädigt werde. Durch die norddeutsche Bundesverfassung sei der 1 Pfennig-Tarif eingeführt; der Handelsminister habe deshalb die Pflicht, dafür zu sorgen, daß dieser Tarif überall, auch bei den Privatbahnen durchgeführt werde, zumal die günstigen Resultate des 1 Pfennig-Tarifs überall vorliegen.

Handelsminister: Die westfälische Eisenbahn ist ringsum von Gesellschaftsbahnen umgeben; er sei keineswegs gegen Einführung des 1 Pfennig-Tarifs, könne aber doch nicht jedes beliebige Mittel zur Einführung desselben anwenden, sondern müsse auf die Interessen der Privatbahnen doch jedenfalls billige Rücksicht nehmen. (Der Minister wendet sich bei seiner Entgegnung nach der Seite hin, auf der der Abg. Hammacher sitzt, zur Linken hin, rechts vom Ministertisch und wendet in Folge dessen der Rechten den Rücken zu.)

Abg. v. Vincke-Minden: Ich constatire, daß wir auf dieser Seite von den Ausführungen des Herrn Handelsministers gar nichts verstanden haben; ich möchte ihn deshalb bitten, künftig, wie es sonst üblich ist, nach dem Präsidentenstuhle hin zu sprechen und auch uns seinen interessanten Vortrag dadurch verständlich zu machen.

Handelsminister Graf Itzenplitz: Es ist bei mir wohl das erste Mal, daß Jemand in der Versammlung erklärt, mich nicht verstanden zu haben. Ich werde mich bemühen, künftig noch deutlicher mit meinen Aeußerungen hervorzutreten.

Abg. Dr. Becker meint, daß der Handelsminister zu große Rücksichten auf die Privatinteressen der Privat-Eisenbahnen nehme, zum Nachtheil der allgemeinen Verkehrsinteressen; er wünscht dringend die möglichst schleunige Durchführung des 1-Pfennig-Tarifs.

Die Position wird genehmigt.

Zu Cap. 8 (Nassauische Eisenbahn) spricht Abg. Dr. Braun (Wiesbaden) zunächst seine Uebereinstimmung mit den Grundsätzen aus, die die preußische Verwaltung bisher geltend gemacht habe. Um die Erträge der Eisenbahn noch wesentlich zu steigern, würde es nothwendig sein, dieselbe auf der rechten Seite des Rheins fortzuführen bis zur Mündung des Main, und sie auf einer Brücke über diesen Fluß hinüberzuführen. Er glaube die Aufmerksamkeit des Handelsministers um so eher auf diesen Bau lenken zu dürfen, als die bisherigen Hemmnisse jetzt dadurch beseitigt seien, daß das Gebiet dem norddeutschen Bunde gewonnen sei.

Ein Abgeordneter, dessen Name nicht verständlich ist, ersucht den Handelsminister dringend um möglichste Beschleunigung einer projectirten neuen Bahn (wir hörten dabei den Namen Wetzlar nennen). Er beklagte sich darüber, daß die Regierung den Bau nicht sehr befördere, was schon daraus hervorgehe, daß zum Expropriations-Commissarius von der Regierung in Coblenz ein Referendarius des französischen Rechts ernannt worden sei, der vom gemeinen Recht 2c. keine Ahnung habe. Er fragt schließlich den Minister, in welchem Monat spätestens der Bau in Angriff genommen werden solle.

Der Handelsminister erwidert dem Abg. Braun, daß er dem Bau der rechts-rheinischen Bahn seine volle Aufmerksamkeit widme, und dem letzten Redner, daß es doch wohl unmöglich sei, den Tag genau zu bestimmen, an dem der Bau einer Gesellschaftsbahn in Angriff genommen werden solle. Er habe jedoch die kräftigsten Mittel angewandt, um die Sache zu beschleunigen.

Um 3 Uhr wird sodann die Sitzung bis Abends 7 Uhr vertagt.

## O. C. Abendsitzung 7¼ Uhr.

Das Haus ist schwach besetzt. Am Ministertisch Graf Itzenplitz mit zahlreichen Commissaren.

Der Rest des Etats der Eisenbahn-Verwaltung wird fast ohne Discussion erledigt. Abg. Bromm wünscht die weitere Fortführung der Main-Weserbahn, die der Handelsminister, wenn auch nicht für dies Jahr, zusagt.

Bei der Köln-Mindener Bahn fragt Abg. Lasker, ob der zwischen Fiscus und Landesvertretung bestehende Streit über die Rechtsverbindlichkeit des mit jener Eisenbahn-Gesellschaft abgeschlossenen Vertrages nicht erledigt werden soll. Selbstverständlich wirke der Protest des Hauses fort, wenn er auch heute nicht förmlich erneuert wird. (Die Vertreter der Regierung schweigen.)

Bei der Bergisch-Märkischen wirft Abg. Dr. Hammacher dem Handelsminister seine besondere Vorliebe für die Bergisch-Märkische und Köln-Mindener vor, unter der das allgemeine Verkehrs-Interesse leiden müsse. Der Rheinischen werde deshalb die Concession einer Zweigbahn verweigert. In Duisburg werde von Gütern eine Uebergangsgebühr erhoben, die der Bergisch-Märkischen 9—10,000 Thlr. jährlich einbringt. Endlich werde die Frage der festen Rheinbrücken durch das Kriegsministerium in ihrer Lösung erschwert.

Der Handelsminister verwahrt sich lebhaft gegen diese Vorwürfe. Erst möge die Rheinische ihre sonstigen Bauten (Call — Trier u. s. w.) ausführen, dann wolle man weiter sehen. Specialtariffragen könne das Haus nicht entscheiden, wenn es nicht der Sitz der Verwaltung sein wolle. Die Bautenfrage lasse sich schwer durch ein allgemeines Princip entscheiden, sondern besser von einem Fall zum andern. (Beifall rechts.)

Bei den Ausgaben constatirt Abg. Dr. Becker dankbar die bessere Besoldung der Unterbeamten der Staatsbahnen; möchte die Staatsregierung die Actiengesellschaften nur ebenfalls dazu anhalten, die schaamroth werden müßten über die schlechte Besoldung ihrer hart arbeitenden und mit schwerer Verantwortlichkeit beladenen Unterbeamten. (Die Antwort des Reg.-Com. v. d. Reck, der sehr leise spricht, bleibt total unverständlich.) — Abg. Grumbrecht: warum ist der Etat der hannöverschen Eisenbahnbeamten nicht vermindert, da doch die Strecke Emden — Rheine der Westfälischen Bahn übertragen ist? Reg.-Comm. Weißhaupt erklärt dies durch die erhöhten Besoldungen und die vermehrten Kosten der Bahnanlagen.

In sehr eindringlicher Weise bringt Abg. v. Kühlwetter unter dem Beifall des Hauses die Stellung des Ministeriums zu den Directionen, die Anwendung von Ordnungsstrafen, mit denen schließlich Alles durchgesetzt werden kann, und andere Beschwerden zur Sprache, auf die der Handelsminister seinen Commissar vergeblich zu antworten anzuregen scheint.

Gegen 9 Uhr ist der Etat der Eisenbahnverwaltung durchberathen und der des Berg-, Hütten- und Salinenwesens wird in Angriff genommen. (Die O. C. bricht hier ab, um sicher zur Post zu kommen. Die Hitze im Hause ist kaum zu ertragen.)

---

**Berlin**, 27. Januar. [Amtliches.] Se. Majestät der König hat den Reg.-Assessor v. Geldern zum Landrath des Kreises Stuhm, Reg.-Bezirk Marienwerder, ernannt; dem Geh. expedirenden Secretär Ploetz und dem Geh. Registrator Courtois im Ministerium des Innern den Charakter als Kanzleirath beigelegt; dem Medicinal-Inspector für Schleswig Dr. Hansen zu Hadersleben, den Physikern Dr. Kaestner zu Burg auf Fehmarn und Dr. Suadicani zu Schleswig, sowie den Physikern Dr. Heseler in Lütjenburg und Dr. Joens zu Kiel den Charakter als Sanitäts-Rath; ferner dem Banquier Johann Georg Hermann Zwicker zu Berlin, sowie dem Geschäfts-Inhaber der Disconto-Bank Adolf Hansemann ebendaselbst den Charakter als Geheimer Commercien-Rath, ferner dem Hof-Juwelier Wilhelm Friedeberg zu Berlin und dem Fabrikbesitzer Emil Busch in Rathenow den Charakter als Commercien-Rath verliehen.

Die Berufung des ordentlichen Lehrers Dr. Cochius an der Stralauer höheren Bürgerschule in Berlin zum Oberlehrer an der Victoriaschule daselbst ist genehmigt worden. — Der bisherige Geheime Kanzlei-Secretair Göhring ist zum Geheimen Registrator und der Kanzlei-Diätar Kortenbeil zum Geheimen Kanzlei-Secretair bei der Ober-Rechnungs-Kammer ernannt worden.

**Berlin**, 27. Jan. [Se. Majestät der König] nahmen gestern den Vortrag des Ministers Grafen Itzenplitz und die Meldung des Herzogs Elimar von Oldenburg, Rittmeisters in den Gardes du Corps, entgegen, welcher von St. Petersburg zurückgekehrt ist.

Heute empfingen Se. Majestät den Vortrag des Geheimen Cabinets-Raths v. Mühler und militärische Meldungen, unter denen die des General-Lieutenants v. Alvensleben, Commandanten von Posen, des Fürsten und des Erbprinzen von Bentheim-Steinfurt, des Fürsten Salm-Horstmar u. m. a.

Der Rittergutsbesitzer v. Albedyll aus der Provinz Preußen wurde von Sr. Majestät dem Könige in Audienz empfangen.

[Ihre Majestät die Königin] war vorgestern im königlichen Schlosse bei der Einrichtung des Bazars und Abends in der 4. Vorlesung des wissenschaftlichen Vereins anwesend. — Gestern wohnte Allerhöchstdieselbe dem Gottesdienste in der St. Matthäi-Kirche bei. — Das Familien-Diner fand bei Sr. königlichen Hoheit dem Prinzen Carl statt.

[Se. königl. Hoheit der Kronprinz] empfing Sonnabend, Vormittags 11 Uhr, den General-Lieutenant v. Werder. Um ½12 Uhr erschien Ihre Majestät die Königin zum Besuch im kronprinzlichen Palais. Um 3 Uhr empfingen Ihre königl. Hoheiten der Kronprinz und die Kronprinzessin den Minister-Residenten v. Magnus. Se. königl. Hoheit der Kronprinz erschien um 9 Uhr Abends auf dem Ball im Opernhause. Ihre königl. Hoheit die Kronprinzessin empfing um 8 Uhr den Fürsten zu Putbus. (St.A.)

[Marine.] Gemäß allerhöchster Cabinets-Ordre vom 10. d. Mts. soll die Flotten-Stamm-Division der Ostsee in Kiel fernerhin aus „Abtheilungen" mit selbstständiger Oekonomie und Rechnungslegung bestehen, und die in dieser Beziehung von den Abtheilungen selbstständig und direct zu führende Dienst-Correspondenz unterzeichnet werden:

Stamm-Division der Flotte der Ostsee. Nte Abtheilung,
Name des Abtheilungsführers.
Charge.

Dies wird hierdurch mit dem Bemerken zur allgemeinen Kenntniß gebracht, daß die Flotten-Stamm-Division bei ihrer gegenwärtigen Stärke aus 4 Abtheilungen besteht.

Berlin, den 25. Januar 1868.

Marine-Ministerium.
Jachmann.

[Eröffnung des Bazars.] Der „St.-Anz." schreibt: Heute hat die Eröffnung des Bazars für die Nothleidenden in Ostpreußen auf dem Königlichen Schlosse stattgefunden. Es ist ein erhebender Anblick, wahrzunehmen, wie nicht nur durch Gaben aus allen Theilen Deutschlands, sondern auch von Deutschen im Auslande der feste Zusammenhang wahrer Theilnahme an dem Loose der nothleidenden Brüder sich freudig kundgegeben hat. Viele hohe Verwandte des Königlichen Hauses, wie z. B. die Höfe von Karlsruhe und München, haben schöne Beiträge geliefert, während zugleich der Fortschritt der Industrie und Kunst wetteifernd in den reichen Gaben der Stadt Berlin hervortritt.

[Die Eisenbahn-Anleihe.] Wie bereits angedeutet, hat die Zeichnung auf die 12 Millionen Preuß. 4½proc. Eisenbahn-Anleihe vom Jahre 1867 einen überaus günstigen Erfolg gehabt. Die Zusammenstellungen ergeben als Resultat der Subscription 22,400,000 Thlr. In Anbetracht, daß die kleineren Zeichnungen besonders berücksichtigt werden sollen, dürfte bei größeren Summen den Subscribenten nicht über die Hälfte ihrer Zeichnung zugetheilt werden.

= **Berlin**, 27. Januar. [Der Proceß Twesten.] Vor der III. Abtheilung des Kammergerichts (Vorsitzender: Kammergerichtsrath Leonhard, Beisitzer: die Kammergerichtsräthe Torgani, Eimbeck, Schütte und Assessor Hentschel, wurde heute in der bekannten Anklagesache gegen den Stadtgerichtsrath Twesten verhandelt, der in erster Instanz vom hiesigen Stadtgericht wegen Beleidigung der Justizbehörden durch Behauptung unwahrer Thatsachen in einer Rede in der Sitzung des Abgeordnetenhauses vom 20. Mai 65, zu 2 Jahr Gefängniß verurtheilt worden ist.

Der Angeklagte hatte gegen dieses Erkenntniß appellirt und in der Appellations-Rechtfertigungsschrift principiell die Competenz des Gerichtshofes bestritten event. sich den Beweis der Wahrheit vorbehalten. Im Audienztermin selber war der Angeklagte nicht erschienen, weshalb in contumaciam gegen ihn verhandelt werden mußte.

Der Gerichtshof hatte neue Beweisaufnahme angeordnet und ließ zu diesem Zwecke das Protokoll in der Voruntersuchung und den stenographischen Sitzungsbericht, d. h. die Twesten'sche Rede und die darauf Bezug habenden Umstände vorlesen, um so ein klares Bild von der ganzen Sache zu gewinnen. — Hierauf plaidirte der Staatsanwalt Frhr. v. Plotho:

Es ist eine besondere Wahrnehmung, daß gerade der Abgeordnete, der scheinbar die Fahne des Rechts so hoch trägt, mit unbefangener Stirn vor Sie (den Gerichtshof) hintritt, um das Gesetz seinem Geiste und Buchstaben nach mit Füßen zu treten.

Ist der Art. 84 der Verfassung der einzige Punkt in der preuß. Gesetzgebung, an dem Jemand sich zu halten hat? Sollte der Angeklagte als Jurist nicht wissen, daß er auch dem § 118 des Gesetzes vom 3. Mai 1852 unterworfen ist? Das Ober-Tribunal hat einmal festgestellt, daß sich der Angeklagte trotz des Art. 84 der Verfassung strafbar gemacht hat und ich kann deshalb den ersten Theil seiner Appellationsrechtfertigung lediglich als eine ignorantia juris ansehen, die ich zurückweisen muß. Den zweiten Theil der Rechtfertigung muß ich als eine hohle Bemerkung ansehen, die gegenwärtig eine Folge nicht mehr haben kann. Ich würde nun nach der Tendenz, die Herr Twesten den Staatsanwälten unterschiebt, nichts weiter zu thun haben, als das Unzutreffende seiner Rechtfertigungsgründe darzuthun und die Bestätigung des ersten Erkenntnisses zu beantragen. Aber ich stehe auf einem höheren Standpunkt, der es mir zur Pflicht macht, die Sache nach allen Seiten hin zu beleuchten.

In Bezug hierauf führt der Staatsanwalt aus, daß der Gerichtshof erster Instanz den Formen der Gerichtsordnung nicht vollständig Rechnung getragen habe, weil er die thatsächliche Feststellung des Vergehens gegen §§ 102 und 156 des Str.-Ges.-B. nicht auf die eigene Beweisaufnahme, sondern auf die frühere thatsächliche Feststellung in beiden Instanzen begründet habe. Um dieses Manco nachzuholen, würde ich, so fährt der Staatsanwalt fort, selber die Wiederholung der Beweisaufnahme beantragt haben, die ich unter der Annahme acceptire, daß Sie weder die Rechtsfrage, noch die Thatfrage, sondern allein die Frage nach dem Strafmaße daraus ableiten werden. Denn die beiden ersten Fragen hat das königliche Ober-Tribunal entschieden, damit haben Sie nichts zu thun und Sie würden deshalb nur leeres Stroh dreschen, wenn Sie die Reproduction der Beweisaufnahme nach dieser Richtung hin angeordnet hätten.

Was die Würdigung der incriminirten Rede betrifft, so hat der Angeklagte die Gerichte und die Behörden des preußischen Staats in der schmählichsten Weise angegriffen und zwar in einer Rede, die nicht blos in Europa widerhallte, sondern auch noch über die Fluthen des Oceans hinausgetragen wurde. Er hat die Gerichtshöfe der Liebedienerei und des Servilismus beschuldigt, um das Recht mit Füßen zu treten. Selbst Richter, war es seine Aufgabe, einzelne Irrthümer zu beschönigen, während er auftritt und seine Collegen mit Koth besudelt. — Dieselben Richter, seine Collegen vom Stadtgericht, haben zuerst auf Freisprechung erkannt und dann, als sie sich dem Rechtsspruch des obersten Gerichtshofes fügen mußten, das höchste Strafmaß angenommen, ein sicherer Beweis, daß sie mit wunderbarer Uneigennützigkeit verfahren sind und sich demnach sagen mußten, daß das höchste Strafmaß gegenüber solchen Angriffen angenommen werden müsse, dessen Bestätigung ich beantrage.

Der Gerichtshof entschied nach einstündiger Berathung dahin, daß das Erkenntniß I. Instanz zu vernichten sei, daß der Gerichtshof aber selbstständig erkannt und den Angeklagten der Beleidigung verschiedener Behörden für schuldig erachtet habe. Es seien dagegen mildernde Umstände angenommen worden und der Angeklagte zu einer Geldbuße von 300 Thlr. event. 4 Monat Gefängniß verurtheilt. In den Gründen wurde ausgeführt, daß die incriminirte Rede Beleidigungen enthalte, und daß der § 154 des St.-G.-B. dabei dem Angeklagten nicht zu Gute kommen könne, weil die Angriffe durch ihre Form, die Absicht der Beleidigung erkennen ließen. Mildernde Umstände seien angenommen worden, weil das Obertribunal die Anwendbarkeit des Art. 84 der Verfassung auf solche Fälle früher selbst anerkannt habe. Das Kammergericht müsse auch jetzt bei seiner Ansicht über die Anwendbarkeit des Art. 84 beharren, es habe nur auf Grund der Entscheidung des höchsten Gerichtshofes erkennen müssen.

**Schwerin**, 27. Jan. [Ein selbstständiger Bauernstand.] Die officiösen „Mecklenburger Anzeigen" sind von maßgebender Seite zu der Erklärung autorisirt, daß bei der von Sr. königl. Hoheit dem Großherzog im Interesse eines zu schaffenden selbstständigen Bauernstandes anbefohlenen allgemeinen Vererbpachtung der Bauerhufen dahin Bestimmung getroffen werden wird, daß die Hauswirthe Capitalzahlungen nicht zu leisten brauchen, sondern ihre — in die Grund- und Hypothekenbücher einzutragende — Schuld an die Grundherrschaft allmälig tilgen können.

**Neu-Strelitz**, 27. Jan. [Neuwahl.] Nach Anordnung der großherzogl. Landesregierung soll die Auslegung der Wählerlisten in Mecklenburg-Strelitz für die Neuwahl eines Reichstags-Abgeordneten spätestens am 1. Februar d. J. erfolgen.

⊙ **Dresden**, 26. Jan. [Die Steuerreformfrage.] Unsere ländlichen Ständemitglieder haben nunmehr der Regierung gegenüber offene Karten ausgespielt. Durch eine Gewerbe- und Personalsteuer-Novelle sollen die Ungleichheiten möglichst beseitigt und ausgeglichen werden, welche gerade bei diesen Steuern etwas sehr offen zu Tage liegen. Da hierbei eine Reducirung des Steuerzuschlages von ⅘ auf ⅗ für die Gewerbsteuerpflichtigen in's Auge gefaßt wurde, so glaubten die den Grundbesitz vertretenden ländlichen Abgeordneten hiergegen als gegen eine Begünstigung der Gewerbesteuerpflichtigen zum Nachtheil der Grundsteuerzahlenden remonstriren zu müssen. Leider zählt aber die Finanzdeputation, welcher die Regierungsvorlage zur Berichterstattung vorlag, nur zwei Mitglieder aus den Reihen der bäuerlichen Abgeordneten und da es doch darauf ankam, dieser Minorität von vornherein den Sieg zu sichern, brachte der Abg. Günther und 40 Genossen, also die Majorität der Kammer, einen Antrag auf Ablehnung der Regierungsvorlage ein. Dieser Antrag forderte in Weiterem eine neue Vorlage für die gegenwärtige Ständeversammlung, um von ihr eine Gesammt-Steuerreform vornehmen zu lassen. Sowohl die Majorität der Deputation, als auch die Regierung erklärten sich gegen diese Forderung und machten dafür den Vorschlag, einer aus Grundbesitzern und Gewerbetreibenden zusammengesetzten Commission die Prüfung der Steuerreformfrage zu übertragen. Hiergegen erhob zwar die Minorität keine wesentlichen Bedenken, doch fixirte sie sofort die Gesichtspunkte, von welchen aus die Commission die Steuerfrage reguliren müsse. Dieser Bevormundung widersetzten sich Regierung und die Vertreter der Industrie und Städte, trotzdem stimmten die ländlichen Ständemitglieder die Kammer nieder, indem sie den Minoritätsantrag mit 40 gegen 30 Stimmen zum Beschluß erhoben. Käme mit Einwilligung der ersten Kammer der Minoritätsantrag zur Ausführung, so dürfte z. B. die künftige Commission an dem bisherigen Verhältniß der Gewerbe- und Personalsteuer zur Grundsteuer nichts ändern. Was aber hauptsächlich bei dieser Verhandlung ein interessantes Licht auf unsere ländlichen Vertreter wirft, ist die Erklärung Günther's: das neue Wahlgesetz nicht anzunehmen, falls man ihnen in der Steuerfrage nicht zu Willen sei. Die Herren wollen das Heft nicht aus den Händen geben. Da aber die erste Kammer muthmaßlich den Beschluß der zweiten verwirft, so läßt sich erwarten, daß auch das Wahlgesetz von der festgeschlossenen Phalanx der 41 Bäuerlichen verworfen werden wird. Man glaubt, die Regierung werde in diesem Falle zur Auflösung der Kammer schreiten. Dies wäre allerdings sehr wünschenswerth, vorausgesetzt, daß sie dann auch zum Wahlgesetz von 1849 zurückgreift.

---

W. **München**, 25. Jan. [Der Ausgleich in dem Militärstreite. — Zollparlamenswahlen. — Journalistisches.]

Es mag kein besonders wohlthuender Gedanke für die Norddeutschen sein, daß ihr Beispiel ausschlaggebend gewesen ist für die absolutistische Gestaltung unseres Heerwesens. Der Reichsrath befolgte eine geschickte Taktik, als er, dem Contingentsgesetze der zweiten Kammer gegenüber, eine wörtliche Nachbildung des Contingentirungsartikels der norddeutschen Bundesverfassung stellte. Die Rollen waren plötzlich verwechselt. Die particularistische erste Kammer war die preußische geworden und häufte auf die national-gesinnte zweite Kammer den Vorwurf des Particularismus. O, wenn sich's um die Interessen des Junkerthums, um reactionäre Maßregeln handelt, da gerathen die Herren, die sonst den Teufel schwarzweiß und die Hölle schwarzweißroth malen, in wahrhaft preußische Verzückung. Die Abgeordnetenkammer hatte leider bei ihrer ersten und zweiten Berathung des Wehrgesetzes alle Kraft verpufft und gab gestern in der dritten Berathung klein bei. So haben wir denn aus der norddeutschen Wehrverfassung Alles genommen, was den norddeutschen Liberalen nicht behagt, haben dabei doch unsere baierischen Absonderlichkeiten gewahrt und so ein Wehrgesetz geschaffen, das weniger leistet, aber verhältnißmäßig theurer ist, als das preußische. — Den besten Gradmesser für die baierische Stimmung betreffs der Wahlen zum Zollparlament giebt wohl der Umstand, daß unsere entschiedensten National-Liberalen in ihren Wahlprogrammen den baldigen Eintritt Baierns in den Nordbund bekämpfen, daß nicht ein einziger Wahlcandidat diesen Eintritt befürwortet, und daß selbst bei dem Verlangen nach Ausdehnung der Competenzen des Zollparlaments von den hervorragendsten Nationalvereinlern, wie Marqu. Barth, die Wahrung der finanziellen Selbstständigkeit Baierns betont wird. Der Umschlag der Stimmung giebt sich in unserem Landtage noch wenig kund, aber im Volke ist er heute schon so stark, daß selbst in den preußenfreundlichsten Städten Frankens Niemand auf Erwählung hoffen darf, der nicht den baldigen Eintritt in den Nordbund perhorrescirt. Die Wahrheit zu sagen, die Verhandlungen des preußischen Abgeordnetenhauses wirken auf Süddeutschland wie ein Gorgonenhaupt. Die Verwaltungsgrundsätze, die von ministerieller Seite verfochten werden, die Haltung der Regierung in der Nothstandsfrage, die Klagen der annectirten Abgeordneten, die Höhe des Budgets, das Alles kann nicht verlockend wirken. Die Lucubrationen der Zeidlerschen Correspondenz, die überall außerhalb Preußens für officiös gilt, wirken wie die Pest auf die preußenfreundliche Stimmung. Uns weichherzigen Süddeutschen schaudert bei dem ruchlosen Hohne, den die fleißig (natürlich als warnendes Exempel) nachgedruckte Lithographie der hungernden Provinz zu Theil werden läßt. Wir sammeln und helfen, und ein preußisches Organ spottet darüber! — Die Offiziere werden sich an den Wahlen lebhaft betheiligen und zwar meist in nationaler Richtung. Der Wahl des Grafen Taufkirchen wird hier von der liberalen und der demokratischen (im Gegensatz zur Fortschritts-) Partei ein lebhafter, vielleicht nicht vergeblicher Widerstand geleistet. Die Ultramontanen wühlen, maulwurfsartig, im Stillen. — Die „Süddeutsche Presse" wird nächstens sanft in dem Herrn entschlummern. Obwohl sie aus der Civilliste (nicht aus Staatsmitteln) 20,000 Gulden Subvention empfängt, reicht das Geld nicht zur Deckung der Kosten. Die ihr zugewandten amtlichen Annoncen bringen wohl viel, aber nicht genug. Die Redactionskosten namentlich sind enorm. Fröbel erhält 5000 Gulden, auch die drei anderen Redacteure werden gut bezahlt, und die wenigstens fünfzig Correspondenten schlucken viel Geld. Mit 2800 Exemplaren und dem süddeutschen Kaiserthum begann das Blatt seine Laufbahn. Es war österreichisch, großdeutsch, demokratisch, preußisch, reactionär, halbliberal, römisch, französisch, es war hintereinander alles Mögliche und kam dabei auf 1900 Abonnenten und den baierischen Particularismus ohne Kaiserwürde herab. Sieht man ab von den schweifwedelnden Artikeln Richard Wagners über deutsche Kunst und deutsche Politik, deren — nämlich der Artikel — Weiterabdruck auf ministeriellen Befehl inhibirt wurde, so leistete das Feuilleton Treffliches. Schade, die „Süddeutsche Presse" ist neben der „Allgemeinen Zeitung" das einzige baierische Blatt für gebildete Leser. Sonst haben wir nur noch Käse-, Winkel- und Schmutzblätter.

## Oesterreich.

**Wien**, 27. Jan. [Die Beamten und die Verfassung.] Die Wiener „Abendpost" veröffentlicht ein Rundschreiben des Ministers des Innern an die Landeschefs. Dasselbe setzt die Landeschefs davon in Kenntniß, daß, wie künftighin alle Organe der Staatsverwaltung unverbrüchliche Beobachtung der Staatsgrundgesetze zu beschwören verpflichtet sind, jetzt auch die bereits vereideten Organe eine Erklärung an Eidesstatt abzugeben haben. Zur Abgabe der Erklärung solle Niemand gezwungen werden, da die Sache nicht eine bloße Formalität, sondern ein politischer Act von vollwichtiger Bedeutung sei. Von allen Beamten werde nebst unverbrüchlicher Treue für den Kaiser unbedingte Achtung der Reichsverfassung und Staatsgrundgesetze gefordert. Der Minister fordert um so nachdrücklicher die aufrichtige Hingebung und makellose Treue gegen die Verfassung, als er für die Handlungen der Regierung verantwortlich ist. Untreue oder Feindseligkeit gegen die Verfassung gelte als ebenso schwere Verletzung der Amtspflicht, wie gewöhnlicher Bruch des Diensteides. Eine bloße Passivität oder Neutralität der Verfassung gegenüber sei ungenügend. Der Minister fordert schließlich strenge Pünktlichkeit und rasche Geschäftsführung, Emanzipirung vom Formalismus, stete Bereitwilligkeit im Verkehr mit der Bevölkerung, uneigennützige Unparteilichkeit, Wahrung des Ansehens durch ein vorwurfsfreies Verhalten im Privatleben. Dann werde der Beamte der wirksamste Träger der constitutionellen Staatsidee sein.

'B' **Von der polnischen Grenze**, 24. Jan. [Die russische Armee in Polen und den westlichen Provinzen. — Haferlieferung. — Berufung des Gouverneurs von Kielce nach Warschau.] Was auch die officiösen Journale in Wien und Paris behaupten mögen, so steht doch fest, daß es in Polen und Litthauen in militärischer Beziehung immer rühriger wird, je näher wir dem Frühjahre rücken. Diese kriegerischen Vorbereitungen Rußlands können uns aber kaum in Erstaunen versetzen, wenn wir uns erinnern, daß die russische Regierungspresse gerade in jüngster Zeit wiederholt erklärt, das Petersburger Cabinet glaube nicht an die Dauer des europäischen Friedens, so lange nicht die orientalische Frage eine nach allen Seiten befriedigende Lösung gefunden. Was nun die militärischen Vorkehrungen gegen allfällig eintretende Ereignisse betrifft, so wollen die an unserer Grenze stationirten russischen Offiziere mit Bestimmtheit wissen, daß die zwischen Dünaburg, Polozk und Smolensk echellonirten Truppen — etwa 80—100,000 Mann — vom Kriegsministerium bereits Befehl erhalten, nach dem Eintritt der milden Jahreszeit in Litthauen einzurücken. Selbstverständlich würde auch gleichzeitig die Armee in Polen durch die gegenwärtig in Litthauen stehenden Regimenter verstärkt werden, wodurch jene nicht, wie vor einigen Tagen der Krakauer „Czas" bemerkt, auf 200,000 — sondern mindestens auf 350,000 Mann gebracht würde. Die Stärke der zur Stunde in Polen stehenden russischen Truppen beläuft sich nämlich auf folgendes Zahlenverhältniß. Die Garnison von Warschau: 35,000 Mann; in der Umgegend der Hauptstadt, d. i. in Blonie, Raszyn, Tarczyn, Rawa und Mogielnica: 20,000 Mann — in Kalisch, Czenstochau und an der preußischen Grenze 16,000 Mann — in Petrikau, Radomsk, Kielce und kleineren Garnisonsorten 12,000 Mann — in Lublin (Stadt und Gouvernement) 18,000 Mann — endlich an der galizischen Grenze — d. i. längs des ehemaligen Krakauer Gebietes abwärts der Weichsel und von dieser bis zum Bug, welcher die Grenze zwischen dem Königreich Polen und Volhynien (Rußland) bildet, 45,000 Mann. Somit ergiebt also die Gesammtstärke der gegenwärtig im sogenannten Königreich Polen stehenden russischen Truppen aller Waffengattungen 146,000 Mann. In Litthauen standen nach officiellen Daten Ende November v. J. 85,000 — in Volhynien 60,000 — und in Podolien vier Corps in der Totalzahl von 75,000 Mann. Diese letzteren Truppen sind aber im Laufe der jüngsten drei Monate noch vermehrt worden, weshalb für Litthauen, Volhynien und Podolien 25,000 Mann kaum zu hoch gegriffen, welche die in Polen stehende Armee jeden Augenblick auf 300,000 Mann und darüber verstärken können. — Im Gouvernement Kielce sind neuerdings bedeutende Haferlieferungen für die russische Cavallerie und Artillerie ausgeschrieben, und müssen die Lieferanten sich verpflichten, die übernommenen Vorräthe bis 15. Februar d. J. zu beschaffen. — Der Gouverneur von Kielce ist am 19. d. M. telegraphisch nach Warschau berufen worden.

# Provinzial-Zeitung.

≏ **Breslau**, 27. Januar. [Stadtgerichts-Deputation für Vergehen II.] Vorsitzender Stadtger.-Rath Dobersch. Vertreter der Staats-Anwaltschaft: Der erste Staatsanwalt Hecker.

Der Handschuhmacher August Friedrich Ferdinand Pähnisch aus Jaraczewo wurde nach §§ 123 u. 124 des Str.-Ges.-B. wegen Verausgabung verfälschter schwedischer Coupons nach erkannter Unechtheit, sein Schwager, Arbeiter W., der Theilnahme hieran angeklagt. Beides sind sächsische Unterthanen; Pähnisch ist schon einmal wegen eines Münzvergehens bestraft. — Die Verhandlung fand auf Antrag des Staatsanwalts unter Ausschluß der Oeffentlichkeit statt. Das Resultat derselben war eine gegen Pähnisch erkannte 6monatliche, und eine gegen W. erkannte 14tägige Gefängnißstrafe.

### Schlesische Gesellschaft für vaterländische Cultur.

Medicinische Section. Sitzung vom 6. December 1867.

Hr. Sanitätsrath Dr. Paul berichtete über die Exstirpation eines Bulbus oculi wegen der Entwicklung eines großen Sarkoma Chorioideae sin. bei einem 26jähr. Manne. Das Sarkom hatte den hinteren Abschnitt des Augapfels durchbrochen und war weit in die Orbita hineingewuchert. In der Orbita entwickelten sich bald gute Granulationen; das Allgemeinbefinden war in der ersten Zeit ungestört. 14 Tage nach der Operation trat plötzlich einseitiger Trismus und zwar an der operirten Seite auf, später Krampf der Nackenmuskeln und Schlingbeschwerden. Der Tod erfolgte 4 Tage nach Auftreten des Trismus.

Bei der durch Prof. Dr. Waldeyer ausgeführten Autopsie fand sich neben Atrophie und grauer Degeneration der Nervi opt. und oculomot. sin. ein wallnußgroßes retropachymeningeales Sarkom in der mittleren Schädelgrube linkerseits, das nach hinten bis zum Felsenbein vorgedrungen war und dort dem Ganglion Gasseri unmittelbar auflag.

Hierauf sprach Herr Dr. Wyß: Ueber die Beschaffenheit des Harns im Reactionsstadium der Cholera. Der Vortragende hat im vergangenen August, September und October Untersuchungen über den Harn im Reactionsstadium der Cholera ausgeführt und fand dabei Folgendes: Die Menge des nach dem Choleraanfall secernirten Harns beträgt in den ersten 24 Stunden nur 25 bis 150 Kubik-Centimeter; in den folgenden 24 Stunden steigt sie auf 200 bis 400 K.-Cm., mitunter sogar schon auf 800 bis 900 K.-Cm.; und weiterhin nimmt die Quantität noch mehr zu, so daß im Mittel zwischen dem 5. und 6. Tage nach dem Anfall (in leichten Fällen früher, in schweren später) die Harnmenge beträchtlich über das Normalquantum steigt (3000 K.-Cm. pro Tag). Das specifische Gewicht des ersten Harns fand W. höher als frühere Beobachter (1012—1033); mit der Zunahme der Harnmenge sinkt das specifische Gewicht, mitunter bis auf 1004. — Die trübe Beschaffenheit kommt durch große, mitunter enorme Quantitäten von Cylindern — deren reichliche Ausscheidung ein gutes, die spärliche ein schlechtes prognostisches Zeichen ist — ferner von Schleimgerinnseln, Eiterkörperchen, Epithelien und nicht selten krystallinischen Sedimenten, Harnsäure, Kalkoxalat und Uraten, zu Stande. In den spätern Harnmengen trifft man häufiger Eitersedimente, Tripelphosphatkrystalle, harnsaures Ammoniak. — Nur ein einzigesmal fand W. Gallenfarbstoff (neben gleichzeitig vorhandenen Gallensäuren) im ersten Choleraharn. Der Körper, der beim Behandeln dieser Flüssigkeit mit Mineralsäuren die prachtvoll rothe oder violette Färbung bedingt, ist Indican, eine farblose Substanz, die durch jene Agentien in Indigroth und Indigblau gespalten wird. Das Indigblau aus dem Choleraharn zeigt bei der Untersuchung mit dem Spectralapparat, wie das Indigblau des Pflanzenreiches ein Absorptionsband zwischen den Frauenhoferschen Linien C und D; da indeß bisweilen eine Verlagerung des Absorptionsstreifs nach dem rothen Ende des Spectrums hin beobachtet wurde, so ist es möglich, daß das Indigblau des Choleraharns nicht identisch ist mit dem Indigblau des Pflanzenreiches.

Eiweiß fand W. mit Einer Ausnahme immer im ersten Choleraharn; dasselbe blieb bis zum 5. bis 8. Tage nach dem Anfall, ausnahmsweise noch länger. Zucker fand er im ersten Harn nicht immer, oft zweifelhaft, immer nur in geringer Menge, wenn er vorhanden war. Constant aber trat nach dem Verschwinden des Eiweißes Glycosurie während eines oder mehrerer Tage ein, die Zuckermenge war hier immer beträchtlicher.

Die quantitative Harnanalyse lehrte, daß die festen Körper zwar ebenfalls wie die Harnmenge in den ersten Tagen vermindert seien, daß sie allmälig an Menge zunehmen, aber nicht in gleichem Verhältniß wie die Harnquantität. Das Chlornatrium ist aus dem ersten Harn ganz oder fast ganz geschwunden, nimmt nur allmälig zu und ist am 9. bis 11. Tage noch immer vermindert, trotz der excessiven Harnquantität; erst später steigt seine Menge noch bedeutend. Der Harnstoff dagegen nimmt viel rascher an Menge zu, etwa entsprechend dem Harnquantum. Die Menge der Phosphorsäure und Schwefelsäure ist anfangs gleichfalls vermindert; die Schwefelsäure steigt später als der Harnstoff, aber früher als das Chlornatrium auf sein Maximum. Kreatinin wird in ziemlich normaler Menge ausgeschieden, die Harnsäure dagegen ist, trotzdem sie öfters in den ersten Tagen Sedimente bildet, anfangs bedeutend, unter Umständen auf Spuren vermindert.

Förster. Heidenhain.

[Schenkungen.] 1) Der vom Cantor Hartmann in Trachenberg geleitete Gesang-Verdin hat der dasigen evangelischen Kirche ein Orgel-Fundations-Capital von 100 Thlrn. geschenkt. — 2) Der Stadtrath Burchardt in Landsberg a. W. hat dem jüdisch-theologischen Seminar Fränkelscher Stiftung zu Breslau 100 Thlr. in einem Posener Credit-Pfandbriefe geschenkt.

□ **Neumarkt**, 26. Jan.*) [Thierschaufest. — Bureau der Stadtverordneten. — Neumarkt-Stephansdorfer Chaussee.] In der letzten Sitzung des hiesigen landwirthschaftlichen Vereins kam die Frage in Betreff eines in diesem Jahre abzuhaltenden Thierschaufestes zur Berathung. Leider mußte die Entscheidung dieser Frage für die nächste Sitzung ausgesetzt werden, da der den Verein und speciell die Thierschaufeste seit Jahren mit unendlichem Fleiß und vieler Mühe und Umsicht leitende Vereinssecretär seine fernere Thätigkeit für den Verein aus Gesundheitsrücksichten abzulehnen sich veranlaßt sah und man für den Augenblick keinen Ersatz für ihn finden konnte. So wünschenswerth es nun allerdings wäre, die Festangelegenheit in einer erfahrenen Hand zu wissen, so dürften sich für den Fall, daß dies unmöglich, doch wohl auch andere jüngere Kräfte unter den Mitgliedern des Vereins sowohl, als den Bewohnern unserer Stadt finden, die mit Geschick und unter freundlicher Mitwirkung des verdienstvollen Secretärs die allerdings etwas mühevolle Leitung eines solchen Festes in die Hand zu nehmen im Stande wären. Soviel uns bekannt, hat man hierin auch schon Persönlichkeiten in Aussicht genommen, die im Interesse und aus Liebe für die Sache und für unsere Stadt nicht abgeneigt sein dürften, sich den erforderlichen Mühewaltungen gern und bereitwilligst zu unterziehen. — Am vorigen Freitage ist das Bureau unserer fast zur Hälfte neu gewählten Stadtverordneten-Versammlung erst endgiltig constituirt worden, da in Folge einer anonymen Denunciation und weil man sich eines bei der Wahl vorgekommenen kleinen Formfehlers gegen alle hieraus möglicherweise zu folgernden Eventualitäten sichern wollte, zu einer nochmaligen Wahl des Vorsitzenden geschritten werden mußte, für den sich, wie vorauszusehen war, nunmehr noch eine größere Majorität der ihm zufallenden Stimmen herausstellte. — Nach einer Mittheilung der hiesigen obrigkeitlichen Bekanntmachung sollen die in der Nähe der städtischen Ziegelei an der Neumarkt-Stephansdorfer Chaussee im besten Wuchs stehenden Pappeln eingeschlagen und wie uns mitgetheilt, durch Obstbäume ersetzt werden. Jederzeit verdient wohl der Obstbaum den Vorzug zur Straßenbepflanzung, allein sachverständige Stimmen bezweifeln das Gedeihen der Obstbäume in dem sterilen lettigen Untergrunde und der nur zwei Ruthen breiten Straße, wenn nicht jeder Baum einen großen Umkreis und eine kräftige Unterlage von gutem, tragfähigem Mutterboden erhält. Der ersten Anpflanzung mit schönen, gesunden, hochstämmigen Maulbeeren, die auch meistens eingegangen waren, nach zu schließen, ist der projectirten Obstbaumpflanzung nicht ein sonderliches Prognostikon zu stellen.

*) Wir verweisen auf den Briefkasten in Nr. 41 der Bresl. Z. D. Red.

□ **Aus dem Eulengebirge**, 26. Jan. [Gewerbliches und Socialdemokratisches.] Der Nothstand droht bei unserer Weberbevölkerung hereinzubrechen. Wir haben dieses schreckliche Prognostikon in unserer letzten Correspondenz stellen müssen, und leider scheinen sich unsere Befürchtungen nur zu bald zu erfüllen. Die Einschränkung der Thätigkeit der Fabriken ist jetzt eine nothwendige Folge der ungünstigen Handelsconjuncturen geworden. Die Waaren, die unser District producirt, sind zum großen Theile auf den Verbrauch der arbeitenden Klasse berechnet und es ist natürlich, daß der Absatz bei den Theuerungsverhältnissen, die fast überall herrschen, gar sehr beeinträchtigt wird. Die jetzt von der Hungersnoth heimgesuchten Provinzen Preußen und Pommern verbrauchen sonst bedeutende Massen unserer baumwollen Waaren, jetzt wenig oder gar nichts. Von socialdemokratischer Seite wird man sicher bald wieder den Ruf nach Staatshilfe erschallen lassen. Die Versuche, die noch vor wenig Jahren in dieser Art gemacht wurden, müssen als gänzlich gescheitert betrachtet werden. Was Twesten in dieser Beziehung am 17. Aug. 1867 in Langenbielau sprach, das ist sicher wahr. Wenn selbst der Staat seine Unterstützung in reichstem Maße eintreten lassen könnte und wollte, den Absatz könnte er nicht erzwingen, und das ist die Axe, um die sich unsere Zustände drehen. Vorläufig gehen wir trüben Verhältnissen entgegen. — In Chemnitz, welcher Ort mit unserer Gegend in den intimsten Handelsbeziehungen steht, sind mehrere bedeutende Fallissements vorgekommen, die auch unsere Handelskreise mit berühren. — Wir können, gestützt auf Erfahrung, das Vertrauen hegen, daß die Arbeitgeber mit Aufopferung ihrer Interessen das Wohl der Arbeitnehmer in dieser trüben Zeit berücksichtigen werden. Möchte ein zeitiges Frühjahr einem Theile der Weber eine andere lohnende Beschäftigung gewähren. Man hofft, daß auf eine oder die andere Weise die Inangriffnahme der versprochenen Eisenbahnbauten in der Grafschaft Glatz recht bald zur Wahrheit werden wird.

X. **Ohlau**, 26. Januar. [Vorschußverein.] In der heutigen General-Versammlung waren von 705 Mitgliedern nur 37 erschienen. Der vorgetragene dritte Jahresbericht weist einen Kassenumsatz von 132,225 Thlr. 2 Sgr. in Einnahme und 129,321 Thlr. 6 Sgr. 8 Pf. in Ausgabe nach. Dem Reservefonds flossen 400 Thlr. 17 Sgr. 11 Pf. zu, so daß derselbe am Jahresschlusse 706 Thlr. 20 Sgr. 3 Pf. beträgt. Auf Sparkassenconto wurden 24,158 Thlr. 6 Sgr. 10 Pf. neu aufgenommen. An Vorschüssen wurden in 849 Posten neu gegeben 82,034 Thlr. 6 Sgr. und 1257 Vorschüsse mit 105,058 Thaler 15 Silbergroschen neu prolongirt, so daß sich ein Gesammt-Umsatz von 187,092 Thaler 21 Silbergroschen ergiebt. Die Dividende pro 1867 beträgt 16 pCt., wurde dem Antrage des Ausschusses gemäß von der Versammlung jedoch auf nur 13⅓ pCt. festgesetzt, während die 2⅔ pCt. excl. der statutenmäßigen 10 pCt. dem Reservefonds zugewiesen werden. Im Jahre 1865, bei der Gründung des Vereins, betrug die Mitgliederzahl 285. Der Gesammtumsatz 53,171 Thlr., die gute Verwaltung, durch welche das Vertrauen zu dem Verein befestigt wird, hat jedoch rasch die Mitgliederzahl bis auf 705 erhöht, und dürfte bei der Nützlichkeit des Vereins bald einen noch größeren Aufschwung nehmen.

=ch.= **Oppeln**, 25. Jan. [Historisches.] Eine Sage, die hier in Oppeln im Munde des Volkes cursirt, die allgemein als historisches Factum geglaubt wird und sich als solches auch in die Geschichte eingeschmuggelt hat, lautet in ihren Hauptmomenten: „Der heilige Adalbert, Bischof von Prag, sei auch auf seiner Reise zu den heidnischen Preußen durch Oppeln gekommen, habe hier gepredigt und Wunder gewirkt und auf sein Geheiß sei auf der Stelle, wo er das Wort verkündigte, eine Kapelle errichtet worden" Als Beleg für diese Angabe sind seither besonders drei handschriftliche Urkunden citirt worden, die sich in dem königl. Provinzial-Archiv zu Breslau befinden in dem Fascicel: „Aus den historischen Nachrichten und Urkunden der Convente der Dominicaner zu Oppeln und Frankenstein." Als Wunder wird darin die Hervorrufung einer Quelle auf dem Berge berichtet, auf welchem demnächst zu Ehren der heil. Jungfrau Maria auf Geheiß des Bischofs die Kapelle als erste Kirche in der Stadt errichtet wurde, die später erweitert und zur Pfarrkirche unter dem Patronus Adalbert gemacht worden ist. Die Kapelle wird heute noch gezeigt; sie steht mit der Dominikanerkirche, jetzt Bergel- oder Curatialkirche in Verbindung und alle Jahre wird der Heilige, am Tage seines Martyriums, 23. April, durch eine feierliche Procession nach dieser Kirche, verehrt. — Herr Gymnasiallehrer Dr. Wahner, in weiteren Kreisen bereits bekannt durch seine historisch-kritischen Untersuchungen über zwei unsere Stadt berührende Sagen („Lebensrettung Friedrichs des Großen durch Rosalie Schreier" und „das sogenannte historische Thor in Oppeln und der hingerichtete Herzog Nikolaus II. von Oppeln") hat es sich zur Aufgabe gemacht, der Wahrheit bezüglich der vormitgetheilten Sagen nachzuspüren und auf Grund seiner Ermittelungen in einem so eben bei A. Reisewitz hier erschienen Werkchen: „Ist der heilige Adalbert, Bischof von Prag, auf seiner Missionsreise zu den heidnischen Preußen oder vielleicht ein andermal in Oppeln gewesen?" den Grund oder Ungrund der Sage historisch-kritisch zu erörtern. Wie besonders lieb und werth den Oppelnern auch die von ihm behandelte Tradition ist, so hat der Autor doch nicht umhin gekonnt, darzuthun, daß ältere Quellen, ja selbst die Legenden, nichts von der Oppelner Sage wissen, daß das, was die Handschriften der Dominicaner uns über den Aufenthalt des heil. Adalbert in Oppeln mittheilen, vor der historischen Kritik nicht bestehen kann und daß selbst mit Hilfe sogenannter Conjecturalschlüsse kein Anhalt für die geschichtliche Begründung der Oppelner Tradition sich finden läßt. Hiernach ist der Autor der Meinung, daß die Sage gleich den Handschriften der Dominicaner überhaupt erst jüngeren Ursprungs zu sein scheint. Das scheine auch aus dem Umstande hervorzugehen, daß sie bei keinem der Chronisten vor dem Anfange des 18. Jahrhunderts zu finden ist. Hätten sie dieselbe gekannt, so würden sie, die Schreibseligen, gewiß gar zu bereitwillig Veranlassung genommen haben, sie in ihre Werke aufzunehmen.

=ch= **Oppeln**, 27. Januar. [Wasserstand der Oder.] Seit Sonnabend, wo das Niveau der Oder 15′ 6″ am hiesigen Pegel stand, ist das Wasser auf 14′ gefallen. Beim heutigen Eintritt des Thauwetters sind sofort wieder die Eissprengungen vorgenommen worden und zwar zunächst an der hiesigen großen Oderbrücke, um das Eis zu lockern und beim Eintritt höheren Wassers den Fortgang zu erleichtern. Dem Vernehmen nach sollen Morgen die Eissprengungen in größerem Maßstabe bei Döbern und Golschwitz fortgesetzt werden, weil unterhalb des letzteren Ortes bis zur Neisse-Mündung die Oder frei von Eise ist. Die Odervorstadt ist nach dem Sinken des Wassers von demselben befreit und die Parterreräume in den Wohnungen sind wieder zugänglich.

**(Notizen aus der Provinz.)** * Grünberg. Das hiesige Wochenblatt meldet, daß am 24. d. Mts. ein Bescheid aus dem Cultusministerium hier eingetroffen ist, welcher, die (hier übrigens nicht bekannten) Gründe des Provinzial-Schul-Collegiums adoptirend, die Nichtbestätigung des Herrn Juraschek als Mitglied des Realschul-Curatoriums ausspricht. Es bleibt der Commune nur noch der Recurs an das Staatsministerium und der Weg der Petition an die Kammer übrig.

+ Bunzlau. Unserem „Niederschles. Courr." wird in Bezug auf das (in der Breslauer Zeitung erwähnte) Vorkommen weißer Vögel in der Gegend von Neumarkt, sowie in der Nähe von Tschernitz in der Lausitz, Nachstehendes vom Herrn Stadtförster Löwe in Rückenwaldau zur Aufklärung mitgetheilt. „Weiße Sperlinge kommen vereinzelt vor, und diese werden von grauen Eltern geboren, es sitzen, wie ich selbst bemerkt habe, mehrere graue junge Sperlinge mit einem weißen zusammen in einem Neste, niemals aber hat ein solcher weißer Sperling eine reine weiße Farbe, sondern leuchtet immer weiß in's röthlichgraue fallend. Was nun das Ammern-Geschlecht anbelangt, so haben wir hier in unsern Gegenden vier Arten von Ammern. 1) Den Gerstenammer, 2) den Goldammer, 3) den Rohrammer und 4) den Ortolanammer. In nördlichen kalten Gegenden ist der Schneeammer noch heimisch, dieser ist im ersten Jahre ganz grau und daher von einem Nichtkenner leicht mit einem Sperlingsweibchen zu verwechseln, im zweiten Jahre finden sich weiße Federn in seinem Gefieder und er wird endlich mit zunehmendem Alter ganz schneeweiß. Diese Vögel kommen bei strengen Wintern in unsern Gegenden, aber niemals in einzelnen Exemplaren, sondern in ganzen Flügen von grauen, gefleckten und schneeweißen, unter einandergemengt vor, wohingegen weiße Sperlinge unter tausend grauen kaum einer zu finden sein wird. Ammern sind, bei genauer Betrachtung, auch wenn dieselben noch grau sein sollten, niemals mit einem Sperling zu verwechseln; im Schnabel der Ammern findet sich der sogenannte Ammerzahn, welcher bei keiner andern Vogelart vorgefunden wird."

∧ Neisse. Wie das „Sonntagsbl." meldet, feierte in voriger Woche

der Auctions-Commissarius Herr Joseph Angsten sein 50jähriges Bürger-Jubiläum und wurde an seinem Ehrentage von einer Deputation des Magistrats und der Stadtverordneten-Versammlung, bestehend aus den Herren Rathsherren Hildebrand und Schwarzer und Stadtverordneten Herren Sabisch und Preiß, unter Ueberreichung eines Jubelbürgerbriefes beglückwünscht. Seit 32 Jahren bekleidet der wackere Jubilar das Amt eines Auctions-Commissarius und Taxators und seit ungefähr 29 Jahren leitet derselbe den Veteranen-Verein, und nur seiner Ausdauer und seinem Fleiße hat dieser Verein das Fortbestehen zu verdanken.

## Telegraphische Witterungsberichte vom 27. Januar.

| Mrg. | Ort. | Baromet. Pariser Linien. | Therm. Reaum. | Wind, Richtung und Stärke. | Allgemeine Himmels-Ansicht. |
|---|---|---|---|---|---|
| 6 | Memel | 340,0 | —12,4 | SO., mäßig. | Bedeckt. |
| 7 | Königsberg | 339,5 | —10,9 | SO., s. stark. | Bedeckt. |
| 6 | Stettin | 338,1 | —0,1 | SW., schwach. | Bedeckt. |
| — | Ratibor | 330,7 | —3,2 | SO., mäßig. | Nebel. |
| — | Münster | 337,8 | 1,6 | SW., schwach. | Trübe. |
| — | Trier | 335,2 | 1,6 | NO., mäßig. | Trübe. |
| — | Flensburg | 337,7 | 0,3 | NW., mäßig. | Heiter. |
| 8 | Paris | — | — | — | — |
| — | Haparanda | — | — | — | — |
| — | Helsingfors | — | — | — | — |
| — | Petersburg | 345,2 | —22,8 | SO., schwach. | Bewölkt. |
| — | Moskau | 338,8 | — | NW., schwach. | Heiter. |
| — | Stockholm | — | — | — | — |
| — | Skudesnäs | 340,5 | 1,2 | WNW., mäßig. | Wenig bewölkt. |

## Meteorologische Beobachtungen.

| Der Barometerstand bei 0 Grd. in Pariser Linien, die Temperatur der Luft nach Reaumur. | Barometer. | Luft-Temperatur. | Windrichtung und Stärke. | Wetter. |
|---|---|---|---|---|
| Breslau, 27. Jan. 10 U. Ab. | 334,11 | +0,2 | W. 2. | Bedeckt, Regen. |
| 28. Januar 6 U. Mrg. | 334,47 | —0,3 | W. 2. | Bedeckt, Schnee. |

**Breslau**, 28. Jan. [Wasserstand.] O.-P. 16 F. 11 Z. U.-P. 5 F. — Z. Eisstand.

## Telegraphische Depeschen
aus dem Wolff'schen Telegraphen-Bureau.

**Kiel**, 27. Januar. Nach hier eingegangenen Nachrichten ist die preußische Kriegsbrigg „Rover" gestern von Corunna in See gegangen.

**Zürich**, 26. Januar. An der heute im Kanton stattgehabten Volksabstimmung über die Revision der Verfassung haben ca. 60,000 Menschen Theil genommen. Eine sehr erhebliche Mehrheit sprach sich für die Revision aus.

**Florenz**, 26. Januar. Sämmtliche Büreaux der Deputirtenkammer haben sich zu Gunsten der provisorischen Bewilligung des Budgets für den Monat Februar erklärt. Abg. Martinelli ist zum Berichterstatter ernannt.

„Opinione" bestätigt, daß der spanische Gesandte Erklärungen abgegeben habe, durch welche der bekannte Passus der spanischen Thronrede wesentlich gemildert worden sei.

Die „Italienische Correspondenz" sagt: Wenn neuerdings eine Annäherung zwischen Preußen und Frankreich stattgefunden habe, so habe Italien allen Grund, über eine solche Eventualität erfreut zu sein.

**Rom**, 27. Jan. Der Minister des Innern, Dewitten, ist gestorben.

**Paris**, 27. Jan., Abends. Im Senat fand die Berathung des Militärgesetzes statt. Brenier hält das Gesetz für unzureichend, um die Unabhängigkeit und den Einfluß Frankreichs in Europa zu sichern. General Delarue unterstützt das Gesetz durch militärische Erwägungen. Rouland legte dar, daß das Armeegesetz nicht eine so schwere Last für die Bevölkerung sei, wie die Journale behaupteten.

**Paris**, 27. Januar. Bericht des Finanzministers. Fortsetzung. Der Bericht betrachtet den Baarvorrath der Bank nicht als eine Milliarde, welche nichts einbringt, sondern als eine Anlage, welche eine bedeutende Ersparniß darstellt. Bezüglich der mexicanischen Obligationen erklärt der Bericht, der Staatsrath sei beauftragt, das Princip und die Art der den Inhabern zu leistenden Indemnität zu prüfen. Die Reclamationen bei der Staatsregierung seien rechtlich allerdings nicht begründet, beruhten indessen auf moralischen Erwägungen und auf der Thatsache, daß ein Theil der Anleihe verwendet worden ist, um Frankreich einen Theil der Summen zu bezahlen, welche Mexico ihm schuldete.

Der Bericht schließt folgendermaßen: Ich habe die Lage der Finanzen eingehend geprüft. Die Darlegung derselben ist so genau wie möglich und ohne irgendwie übertrieben zu sein, abgefaßt. Ich habe ohne Zaudern die nothwendigen Maßregeln vorgeschlagen, und Hoffnung geschöpft, daß sie zur Folge haben werden, die gegenwärtige Lage zu ordnen, und eine günstigere Zukunft vorzubereiten. Der Patriotismus des Landes wird sich große Opfer auferlegen müssen, aber er wird eine größere Sicherheit für den Frieden gewinnen; die Sicherheit, die die Macht gewährt, und nicht jenen unsichern, argwöhnischen Frieden, während dessen jede Nation aus Furcht vor einem Conflicte nicht aufhört gegen ihr Gedeihen und ihren Credit Krieg zu führen, sondern den ruhigen Frieden, welcher auf der Wohlfahrt, dem allgemeinen Einvernehmen und der gegenseitigen Achtung beruht, den Frieden, welchen Eure Majestät in scharfsinniger Weisheit mit Ihren Wünschen und Ihren Bestrebungen erreichen will.

**Paris**, 27. Januar. „Patrie" dementirt das in mehreren Blättern verbreitete Gerücht einer bevorstehenden Abberufuug Benedetti's von Berlin.

In der heutigen Sitzung des gesetzgebenden Körpers entwickelte Lanjuinais seine Interpellation betreffend die Dislocirung der Kirchhöfe. Die Sitzung dauert fort.

**Marseille**, 27. Januar. Die Hinrichtung der 3 zum Tode verurtheilten italienischen Banditen hat heute Früh um 7 Uhr stattgefunden.

**London**, 27. Januar. Der Dampfer „Tripolis" ist aus Newyork in Queenstown und der Bremer Dampfer „Amerika" ebendaher in Southampton eingetroffen.

Der aus Westindien eingetroffene Dampfer „Douro" hat 300,000 Pfd. St. an Contanten (davon 200,000 in Silber) überbracht. Bei seiner Abfahrt dauerten die Erdstöße auf St. Thomas, wenn auch weniger stark, noch fort. Auf Jamaika hatte man am 7. d. einen heftigen Erdstoß gehabt. — Nach Berichten aus Peru gewann die Revolution daselbst im Süden wie im Norden an Boden. In Bolivia war ebenfalls unter der Führung Achas ein Aufstand ausgebrochen.

**London**, 27. Januar. Nach Berichten aus Newyork vom 15. d. hatte die Cholera am Bord des „Leibnitz" abgenommen.

**Amsterdam**, 27. Januar. Nach einer vom „Allgemeinen Handelsblatt" aufgestellten Berechnung gehören von den Abgeordneten 34 der liberalen und 30 der ministeriellen Partei an. Das gedachte Journal erwartet von den noch stattfindenden engeren Wahlen eine weitere Verstärkung der liberalen Partei.

**London**, 27. Jan. Nachrichten, welche hierselbst von den Westindischen Inseln eingetroffen sind, melden, daß in Antigua Erdstöße, welche schreckliche Erschütterungen zur Folge hatten und mehrere Stunden anhielten, stattgefunden haben. Auch von Erderschütterungen in Portorico, Saint Kitts, Nevis und Saba wird berichtet, namentlich soll letztgenannte Insel erheblichen Schaden erlitten haben. Das Geschäft in Valparaiso hat nachgelassen. (T. B. f. N.)

**Madrid**, 25. Jan. Aus Havanna wird telegraphisch gemeldet, daß am Sonntag den 26. in allen Kirchen ein feierliches Tedeum wegen des endlichen Verschwindens der Cholera stattfinden wird.

**Washington**, 15. Jan. Stanton hat noch keine officiellen Befehle erlassen. Es heißt, daß die Generale Grant und Sherman ihm den Rath gegeben haben, seine Entlassung nachzusuchen.

Die republikanische Convention in Connecticut hat sich einstimmig für die Präsidentschafts-Candidatur Grant's ausgesprochen. (T. B. f. N.)

## Telegraphische Course und Börsennachrichten.
(Wolff's Telegr. Bureau.)

**Paris**, 27. Januar, Nachmittags 3 Uhr. Träge. Consols von Mittags 1 Uhr waren 93¼ gemeldet. — Schluß-Course: 3proc. Rente 68, 37½ bis 68, 32½. Italien. 5proc. Rente 42, 90. Oesterr. Staats-Eisenbahn-Actien 513, 75. Credit-Mobil.-Actien 170. Lomb. Eisenb.-Actien 352, 50. Oesterreich. Anleihe von 1865 pr. cpt. 340. 6proc. Ver.-St.-Anl. pr. 1882 (ungest.) 81½.

**London**, 27. Januar, Nachmitt. 4 Uhr. Schluß-Course. Consols 93 3/16. 1proc. Spanier 35 7/16. Italienische 5proc. Rente 42 11/16. Lombarden 13⅞. Mexicaner 16. 5% Russen 87. Neue Russen 86⅜. Silber 60 7/16. Türk. Anleihe von 1865 31⅞. 6proc. Verein. Staaten-Anl. pro 1882 72 1/16.

**London**, 27. Jan., Mittags. Großes Geschäft in schwimmendem Indigo. Petroleum 14½.

(Nachmittags.) Kaffee und Thee stetig. Zucker matt.

**Frankfurt a. M.**, 27. Januar, Nachmittags 2 Uhr 30 Minuten. Schluß-Course: Wiener Wechsel 99. Oesterr. National-Anleihe 53⅞. 6% Verein. Staaten-Anleihe pr. 1882 76⅛. Hessische Ludwigsbahn —. Baierische Prämien-Anleihe 99⅝. 1854er Loose —. 1860er Loose 71⅛. 1864er Loose 79. — Fest aber unbelebt. Nach Schluß der Börse: Credit-Actien 185⅛, Staatsbahn 243⅜.

**Frankfurt a. M.**, 27. Jan., Abends. [Effecten-Societät.] Beschränkter Umsatz. Amerikaner 76. Creditactien 185. 1860er Loose 71¼. Staatsbahn 243¼. Steuerfreie Anleihe 48 11/16.

**Wien**, 27. Jan. [Abend-Börse.] Credit-Actien 187, 20. 1860er Loose 84, 50. 1864er Loose 78, 90. Staatsbahn 246, 20. Steuerfreie Anleihe —, —. Napoleonsd'or 9, 58. — Es fanden zahlreiche Realisirungen statt.

**Hamburg**, 27. Januar, Nachmittags 2 Uhr 30 Min. [Schluß-Course.] Hamburger Staats-Prämien-Anleihe 84¼. National-Anleihe 55. Oesterr. Credit-Actien 78½. Oesterreichische 1860er Loose 70⅞. Staatsbahn 512. Lombarden 340. Italien. Rente 42½. Vereinsbank 111. Norddeutsche Bank 119¼. Rheinische Bahn 114¾. Nordbahn 94¾. Altona-Kiel 121½. Finnländische Anleihe —. 1864er Russische Prämien-Anleihe 96⅝. 1866er Russ. Prämien-Anleihe 95⅝. 6proc. Verein. St.-Anleihe pr. 1882 69½. Disconto 1½ pCt. — Fonds sehr beliebt.

**Hamburg**, 27. Januar, Nachm. 2 Uhr 30 Min. [Getreidemarkt.] Weizen und Roggen loco ruhig, ziemlich behauptet. Weizen per Januar 5400 Pfund netto 179 Bankothaler Br., 178 Gd., per Jan.-Febr. 178 Br., 177 Gld., per Frühjahr 178 Br., 177½ Gld. Roggen per Jan. 5000 Pfd. Brutto 142 Br., 141 Gd., per Jan.-Febr. 141 Br., 140 Gld., per Frühjahr 138 Br. und Gd. Hafer ruhig, späte Termine flau. Rüböl loco 22⅜, per Mai 23⅛, per October 23⅝. Spiritus unverändert. Kaffee ruhig. Zink geschäftslos. — Thauwetter.

**Liverpool**, 27. Jan., Mittags. Baumwolle: 12—15,000 Ballen Umsatz. New-Orleans 8. Georgia 7¾. Fair Dhollerah 6¼. Middling fair Dhollerah 6. Good middling Dhollerah 5¾. Bengal 5⅛. Good fair Bengal 5½. Fine Bengal —. New fair Domra 6¼. Fair Domra —. Good fair Domra 6½. Pernam 8. Egyptian —. Smyrna 6½. Orleans schwimmend 7¾. Savannah schwimmend —. Fester Markt.

**Antwerpen**, 27. Jan., Nachm. 2 Uhr 30 Min. [Petroleum-Markt.] (Schluß-Bericht.) Ruhig. Raffin. Type weiß, loco 43½—44 bez.

**Bremen**, 27. Jan. [Petroleum.] Standard white loco 5¼.

**New-York**, 27. Januar, Abends. Wechsel auf London 109⅝. Gold-Agio 41⅛. Bonds 111½. Illinois 134⅞. Eriebahn 77½. Baumwolle 18¼. Petroleum 24½. Mais 1, 28. Bonds 1885er 110⅛. Bonds 1904er 104⅜.

**Havanna**, 27. Jan. Zucker unverändert.

**Paris**, 27. Jan., Nachmitt. Rüböl pr. Januar 92, 52, pr. Mai-August 92, 25, pr. September-December 91, 75. Mehl pr. Januar 88, 25, pr. März-April 88, 50. Spiritus pr. Januar 65, 50.

**London**, 27. Januar, Nachmitt. [Viehmarkt.] Von Hornvieh waren 3930 Stück, von Schafen 16,880 Stück am Markte. Der Hornvieh-Handel war schleppend, fremde Zufuhren klein. In Schafen war das Geschäft ziemlich lebhaft bei eher flaueren Preisen. Fremde Zufuhren ebenfalls klein. Preise pr. 8 Pfd.: für Hornvieh 4 Sh. bis 4 Sh. 6 D., für Schafe 4 Sh. 4 D. bis 4 Sh. 10 D., für Schweine unverändert.

**London**, 27. Jan., Mittags. Getreidemarkt (Anfangsbericht). Total-Zufuhren seit letztem Montag: Weizen 12,942, Gerste 3832, Hafer 10,682 Quarters. Davon fremde Zufuhren: Weizen 10,937, Gerste 338, Hafer 6691 Quarters. Weizen englischer stetig, trockener 1 Sh. höher, in fremden Detailgeschäft, nur sehr gute Qualität 1 Sh. höher. Ladungen 1 Sh. höher gehalten. Hafer 6 D. theurer. Inländisches Mehl 1 Sh. höher Talg loco 33¼. Leinöl loco ab Hull 43¾. — Regenwetter.

**London**, 27. Jan., Nachm. Getreidemarkt (Schlußbericht.) Weizen englischer sehr schlechter Qualität am Markt, trotz dessen äußerste vorwöchentliche Preise. Fremder bis zum Schlusse Detailgeschäft 1 Sh. höher gehalten. Hafer schleppend. Bohnen 1 Sh. theurer. Amerik. Mehl 6 D. höher. — Starker Regen.

**Amsterdam**, 27. Januar, Nachmitt. 4 Uhr 30 Min. Getreidemarkt (Schlußbericht). Getreidehandel stille. Roggen pr. März 312½, pro Mai 317½, pr. Juli 302½. Rüböl pr. Mai 35½, pr. November-Decbr. 36⅞.

---

**Berlin**, 27. Januar. Weizen loco 90—108 Thlr. nach Qualität. — Roggen loco 78—80pfd. 78—79 Thlr. pro 2000 Pfund bez. — Rüböl loco 10¼ Thlr. — Spiritus loco ohne Faß 19⅔ Thlr. bez., pro Januar, Jan.-Febr. und Febr.-März 19 23/24—⅚ Thlr. bez., April-Mai 20 5/12—7/24 Thlr. bez., Mai-Juni 20 7/12—11/24 Thlr. bez., Juni-Juli 21—20⅚ Thlr. bez.

---

**[Breslauer Börse vom 28. Jan.]** Schluß-Course (1 Uhr Nachm.) Russisch Papiergeld 84⅝—¾ bez. Oesterr. Banknoten 85 1/12—85 bez. u. Gd. Schles. Rentenbriefe 90⅔—7/12 bez. Schles. Pfandbriefe 83⅝ Br. Oesterr. National-Anleihe 55¾ Br. Freiburger 119 Br. Neisse-Brieger —. Oberschlesische Litt. A. und C. 184¾ bez. u. Br. Wilhelmsbahn 77½ Br. Oppeln-Tarnowitzer —. Oesterr. Creditbank-Actien 79¼ Gld. Schles. Bank-Verein 111½ Gld. 1860er Loose 71⅞ bez. Amerikaner 76¼—⅜ bez u. Br. Warschau-Wiener 58⅜ Br. Minerva 33⅞ bez. Baierische Anleihe —. Italiener 43⅜ bez. u. Gld.

**Breslau, 28. Januar. Preise der Cerealien.**

Festsetzungen der polizeilichen Commission pr. Scheffel in Silbergroschen.

| | fein | mittel | ordin. | | fein | mittel | ordin. |
|---|---|---|---|---|---|---|---|
| Weizen, weißer | 120—122 | 117 | 109—112 | Gerste | 66—68 | 64 | 60—62 |
| do. gelber, | 119—120 | 116 | 108—111 | Hafer | 44 | 43 | 41—42 |
| Roggen | 95 | 94 | 92—93 | Erbsen | 78—82 | 76 | 72—74 |

Notirungen der von der Handelskammer ernannten Commission zur Feststellung der Marktpreise von **Raps und Rübsen.**

| | | | | |
|---|---|---|---|---|
| Raps | 193 | 183 | 169 | pr. 150 Pfd. Brutto in Sgr. |
| Winterrübsen | 179 | 169 | 159 | |
| Sommerrübsen | 167 | 157 | 147 | |
| Dotter | 165 | 155 | 145 | |

**Loco- (Kartoffel-) Spiritus** pr. 100 Qrt. bei 80% Tralles 18 11/12 Br. 18¾ Gd.

Officiell gekündigt: — Ctr. Weizen. 1000 Ctr. Roggen. — Ctr. Leinöl. — Ctr. Rüböl. 5,000 Qrt. Spiritus. — Ctr. Leinkuchen.

---

**# Breslau**, 28. Januar. Nur bei niedrigen Preisen verkäuflich, bei mäßigen Zufuhren

Weizen matter, pr. 84 Pfund schlesischer weißer 109 bis 122 Sgr., gelber 107—118 Sgr., feinste Sorte 2—3 Sgr. über Notiz bezahlt. — Roggen weichend, pr. 84 Pfund 90—95 Sgr., feinste Sorte über Notiz bezahlt. — Gerste niedriger, pr. 74 Pfund gelbe 60 bis 61 Sgr., helle 62—63 Sgr., weiße 64—66 Sgr., feinste Sorte über Notiz bezahlt. — Hafer, preishaltend, pr. 50 Pfund 42—44 Sgr., feinste Sorte über Notiz bezahlt. — Erbsen behauptet. — Wicken gefragt, pr. 90 Pfd. 60—65 Sgr. — Oelsaaten wenig zugeführt. — Lupinen offerirt, pr. 90 Pfd. gelbe 42—46 Sgr., blaue 40—44 Sgr. — Bohnen leicht verkäuflich, pr. 90 Pfd. 90—96 Sgr. — Schlaglein preishaltend. — Rapskuchen ruhiger, 62—65 Sgr. pr. Ctnr. — Mais (Kukuruz) 76—81 Sgr. pr. Ctnr.

| | Sgr. pr. Schffl. | | Sgr. pr. Sack à 150 Pfd. Brutto. |
|---|---|---|---|
| Weißer Weizen | 109—118—124 | Schlag-Leinsaat | 175—190—200 |
| Gelber Weizen | 108—114—121 | Winter-Raps | 174—184—194 |
| Roggen | 93—96—98 | Winter-Rübsen | 160—170—180 |
| Gerste | 60—64—68 | Sommer-Rübsen | 145—158—165 |
| Hafer | 42—43—44 | Leindotter | 145—150—162 |
| Erbsen | 70—76—82 | | |

Kleesaat in fester Stimmung, — rothe 13—14—15 Thlr. pr. Ctr., hochfeine über Notiz, — weiße zumeist in geringen Qualitäten angeboten, 16—20—22 Thlr. pr. Ctr., hochfeine über Notiz.

Thymothee ohne Zufuhr, 8½—9½ Thlr. pr. Ctr.

Kartoffeln pr. Sack à 150 Pfd. 28—38 Sgr., Metze 1¾—2 Sgr.

## Berliner Börse vom 27. Januar 1868.

### Fonds- und Geld-Course.

| | | |
|---|---|---|
| Freiw. Staats-Anl. | 4½ | 96 bz. |
| Staats-Anl. von 1859 | 5 | 103¼ bz. |
| dito 1854. 55. 57 | 4½ | 96 bz. |
| dito 1859 | 4½ | 96 bz. |
| dito 1856 | 4½ | 96¼ bz. |
| dito 1864 | 4½ | 96 bz. |
| dito 1867 | 4½ | 96 bz. |
| dito 1850/52 | 4 | 89⅝ bz. |
| dito 1853 | 4 | 89⅝ bz. |
| dito 1862 | 4 | 89⅝ bz. |
| Staats-Schuldscheine | 3½ | 83½ bz. |
| Präm.-Anl. von 1855 | 3½ | 115½ bz. |
| Berliner Stadt-Oblig. | 4½ | 96¼ etw bz. u. G. |
| Pfandbriefe. Kur- u. Neumärk. | 3½ | 76¼ bz. |
| Pommersche | 3½ | 76½ bz. u. B. |
| Posensche | 4 | — — — |
| dito | 3½ | — — — |
| dito neue | 4 | 85 B. |
| Schlesische | 3½ | 83½ G. |
| Rentenbriefe. Kur- u. Neumärk. | 4 | 90¼ bz. |
| Pommersche | 4 | 90⅜ bz. |
| Posensche | 4 | 89 bz. |
| Preussische | 4 | 89 bz. |
| Westph. u. Rhein. | 4 | 93 B. |
| Sächsische | 4 | 90¼ B. |
| Schlesische | 4 | 90⅞ bz. |
| Louisd'or 112⅜ bz. | Oest. Bk. | 85⅛ bz. |
| Goldk. 9. 10 G. | Poln. Bkn. | — — — |

### Ausländische Fonds.

| | | |
|---|---|---|
| Oesterr. Metalliques | 5 | 48 G. |
| dito Nat.-Anl. | 5 | 55⅝ bz. |
| dito Lot.-A.v.60 | 5 | 71⅝ bz. |
| dito dito 64 | — | 45¼ bz. |
| dito 54er Pr.-A. | 4 | 61¾ G. |
| dito Eisenb.-L. | — | 73 G. |
| Ital. neue 5proc. Anl. | 5 | 43⅜ bz. |
| Russ.-Engl. Anl. 1862 | 5 | 85⅝ bz. |
| dito Poln.-Sch.-Obl. | 4 | 63½ bz. |
| Poln. Pfandbr. III. Em. | 4 | 57⅞ bz. |
| dito Liqu.-Pfandbr. | 4 | 49⅞ b. u. G |
| Poln. Obl. à 500 Fl. | 4 | 95½ G. |
| dito à 300 Fl. | 5 | 92 B. |
| Kurhess. 40 Thlr. Obl. | — | 53⅜ bz. u. G |
| Baden. 35 Fl. Loose | — | 29½ bz. |
| Amerikan. St.-Anl. | 6 | 76½ bz. |

### Eisenbahn-Prioritäts-Actien.

| | | |
|---|---|---|
| Berg.-Märkische | 4½ | — — — |
| dito II. | 4½ | 95¼ B. |
| dito IV. | 4½ | 93 bz. |
| dito III. v. St. 3¼ g. | 3½ | 77 B. |
| Cöln-Minden | 4½ | 97½ bz. |
| dito II. | 5 | 101½ G. |
| dito | 4 | 84½ B. |
| dito III. | 4 | 83¼ bz. |
| dito | 4½ | 93¾ G. |
| dito IV. | 4 | 83⅜ bz. |
| dito V. | 4 | 83⅓ bz. |
| Cos.-Oderb. (Wilh.) | 4½ | — — — |
| dito III. Em. | 4 | — — — |
| dito IV. Em. | 4½ | — — — |
| Gal. Ludwigsb. | 5 | 81 B. u. 76 G. |
| Niederschl.-Märk. | 4 | 87¾ G. |
| dito conv. | 4 | 87¾ G. |
| dito III. | 4 | 85½ G. |
| dito IV. | 4½ | — — — |
| Ndschl. Zweigb. L. C. | 5 | 100½ B. |
| Oberschles. A. | 4 | — — — |
| dito B. | 3½ | 77½ G. |
| dito C. | 4 | 85⅜ G. |
| dito D. | 4 | 85⅜ G. |
| dito E. | 3½ | 77½ bz. |
| dito F. | 4½ | — — — |
| dito G. | 4½ | 92⅝ B. |
| Oesterr.-Franz. | 3 | 260 bz. |
| Oesterr. südl. St.-B. | 3 | 209 B. |
| Rhein. v. St. gar. | 4½ | 95½ G. |
| Rhein-Nahe-B. gar. | 4½ | 93¼ bz. |

### Eisenbahn-Stamm-Actien.

| Dividende pro | 1865. | 1866. | | |
|---|---|---|---|---|
| Aachen-Mastrich | — | — | 4 | 28½ bz. |
| Amsterd. Rottd. | 7¼ | 4¾ | 4 | 100 bz |
| Berg.-Märkische | 9 | 8 | 4 | 136¼ bz. |
| Berlin-Anhalt | 13 | 13¼ | 4 | 211 bz. |
| Berlin-Görlitz | — | — | 4 | 78¼ bz. |
| dito St.-Prior. | — | — | 4 | 97¼ B. |
| Berlin-Hamburg | 9½ | 9 | 4 | 160 bz. u. G. |
| Berl.-Potsd.-Mgd. | 16 | 16 | 4 | 199 bz. |
| Berlin-Stettin | 8 | 8 7/12 | 4 | 137 bz. u. G. |
| Böhm.-Westb. | — | 5 | 5 | 62⅜ bz. |
| Breslau-Freib. | 9 | 9⅙ | 4 | 118½ G. |
| Cöln-Minden | 17⅔ | 9 | 4 | 136 bz. |
| Cosel-Oderberg | 2¼ | 2⅛ | 4 | 77¾ à ½ bz. |
| dito St.-Prior. | — | 4½ | 4½ | 85½ bz. u. G. |
| dito dito | — | 5 | 5 | 89¾ bz. u. G. |
| Galiz. Ludwigsb. | 5 | — | 5 | 84½ bz. |
| Ludwigsh. Bexb. | 10 | 10⅔ | 4 | 150½ etw. bz. u. B. |
| Magd.-Halberst. | 15 | — | 4 | 169 G. |
| Magd.-Leipzig | 20 | — | 4 | 205 etw. bz. u B. |
| Mainz-Ludwgsh. | 8 | — | 4 | 127½ bz. u. G. |
| Mecklenburger | 3 | 3 | 4 | 75 bz. u. G. |
| Neisse-Brieger | 5 5/12 | — | 4 | 90½ G. |
| Niedrschl.-Märk. | — | 4 | 4 | 88 bz. |
| Niedrschl. Zwgb. | 3⅔ | 5 | 4 | 77 B. |
| Nordbahn, Hess. | 4 | — | 4 | — — — |
| Oberschl. A. | 11⅔ | 12 | 3½ | 184⅞ à ½ bz. |
| dito B. | 11⅔ | 12 | 3½ | 164¼ G. |
| dito C. | 11⅔ | 12 | 3½ | 184⅞ à ½ bz. |
| Oest.-Fr. St.-B. | 5 | — | 5 | 139 à 38¾ bz. |
| Oestr. südl. St.-B. | 7½ | — | 5 | 92¾ à ⅝ bz. |
| Oppeln-Tarnow. | 3¼ | — | 5 | 73½ B. |
| R. Oderuf. St.-A. | — | — | 5 | 73½ bz. |
| R. Oderuf.-St.-Pr. | — | — | 5 | 88½ bz. |
| Rheinische | 7 | — | 4 | 115½ bz. |
| dito Stamm-Pr. | 7 | — | 4 | — — — |
| Rhein-Nahebahn | — | 0 | 4 | 30¼ bz. |
| Stargard-Posen | 4½ | 4½ | 4½ | 93½ bz. |
| Thüringer | — | — | 4 | 129 G. |
| Warschau-Wien | 8½ | — | 5 | 58½ bz. |

### Bank- und Industrie-Papiere.

| | | | | |
|---|---|---|---|---|
| Berl. Kassen-V. | 8¼ | 12 | 4 | 157½ G. |
| Braunschw. B. | — | 0 | 4 | 96 G. |
| Bremer Bank | 6½ | 8 | 4 | 114½ G. |
| Danziger Bank | 7 3/10 | 8 | 4 | 108½ G. |
| Darmst. Zettelb. | 7½ | 4 | 4 | 96 B |
| Geraer Bank | 7⅝ | 7⅜ | 4 | 100 etw. bz. |
| Gothaer „ | 7½ | 5 | 4 | 89¼ B. |
| Hannoversche B. | 4 | 5⅕ | 4 | 77½ B. |
| Hamb. Nordd. B. | 9 | 8½ | 4 | 118¼ B. |
| „ Vereins-B. | 8 19/32 | 10 3/16 | 4 | 111 G. |
| Königsberger B. | 6½ | 7 7/10 | 4 | 111 G. |
| Luxemburger B. | 6 | 6 | 4 | 78½ B. |
| Magdeburger B. | 5½ | 5 | 4 | 90 G. |
| Posener Bank | 6½ | 7½ | 4 | 99¼ G. |
| Preuss. Bank-A. | 10 14/15 | 13⅛ | 4½ | 154 bz. u. G. |
| Thüringer Bank | 4 | 4 | 4 | 64 B. |
| Weimar | 6½ | 4¼ | 4 | 82½ G. |
| — | | | | |
| Berl. Hand.-Ges. | 8 | 3 | 4 | 109½ etw. bz. |
| Coburg. Credb. A. | 8½ | 4 | 4 | 69¾ G. |
| Darmstädter „ | 8½ | 6½ | 4 | 83¾ bz. u. G. |
| Dessauer „ | — | 0 | — | 2¼ etw. bz. u. B. |
| Disc. Com.-Anth. | 6½ | 8 | 4 | 108¾ bz. |
| Genfer Credb.-A. | — | 0 | 4 | 21½ bz. |
| Leipziger „ | 4 | — | 4 | 90 etw. bz. |
| Meininger „ | 7 | — | 4 | 89 etw. bz. |
| Moldauer Lds.-B. | — | — | 4 | 18 bz. u. G. |
| Oest. Credb.-A. | 4⅓ | — | 5 | 79 à 78⅞ à 79½ à ¼ [bz. |
| Schl. Bank-Ver. | 7½ | 7½ | 4 | 111⅝ B. |
| — | | | | |
| Minerva | 1 | — | 5 | 34¼ B. |
| Frb. v. Eisenbdf. | 5½ | 10 | 5 | 124½ bz. |



**Für die Nothleidenden Ostpreußens gingen ferner ein:** Von Müllermeister Kohlsdorff 10 Thlr., Reg.-Rath Matthias 5 Thlr., Verwittwete Frau C. Stenger 2 Thlr., Fräul. Gottliebe Stephani 5 Thlr., Stadtgerichts-Rath v. Bergen 10 Thlr., Kaufm. Bourgarde 5 Thlr., Lehrerin Fräulein Krause 8 Sgr. 6 Pf., von den Schülern der Klasse 3 der ev. Elem.-Schule Nr. 33 1 Thlr., von dem Pfarrer Rüchel in Friedland OS., gesammelt in den zur kathol. Pfarrei daselbst gehörigen Ortschaften durch ꝛc. Rüchel und dessen Lehrer, und zwar: Pfarrer Rüchel 5 Thlr., Caplan Blida 1 Thlr., Lieuten. und Rittergutsbes. Kahlert in Rüßdorf 5 Thlr., ehem. Dorf Friedland 6 Thlr. 7 Sgr. 6 Pf., ehem. Marktflecken Friedland 18 Thlr. 14 Sgr. 8 Pf., von den Gemeinden Floste 23 Thlr. 6 Sgr., Ringwitz 22 Thlr., Klein-Schnellendorf 10 Thlr. 7 Sgr. 6 Pf., Director Grothe das. 5 Thlr., Polnisch-Jamke 10 Thlr. 7 Sgr. 6 Pf., Piechocitz 10 Thlr. 7 Sgr., Groß-Schnellendorf incl. 1 Thlr. vom das. Gutspächter 8 Thlr. 23 Sgr., Puschine 9 Thlr. 12 Sgr. 9 Pf., Rahnisch 7 Thlr. 28 Sgr., Korpitz 6 Thlr. 6 Sgr. 3 Pf., Woistrasch 4 Thlr., 22 Sgr., Ferdinandshof 2 Thlr. 12 Sgr. 6 Pf., Ellguth-Friedland 10 Thlr. 6 Sgr. 4 Pf., zusammen 166 Thlr. 11 Sgr., Se. Excellenz, Wirkl. Geh.-Rath Graf v. Burghauß 100 Thlr., Regierungs-Rath Fritsch 4 Thlr., Ertrag eines Spielabends bei M. Bermann in Reichenbach i. Schl. 1 Thlr. 10 Sgr., Nachträgl. Ertrag des am 24. d. M. stattgefundenen Arrangements des kaufmännischen Clubbs im Café restaurant 1 Thlr., Kaufmann Salomon Tiktin 5 Thlr., Frau Apotheker Ohlert 4 Thlr., Louis Holländer 2 Thlr., Seifensieder-Innung 10 Thlr., L. Manasse 25 Thlr., Klein 3 Thlr., General-Lieut. v. Plötz Excellenz 10 Thlr., Ertrag einer Sammlung auf der höheren Bürgerschule zu Creutzburg 16 Thlr. 17 Sgr. 6 Pf., Ertrag einer Sammlung in der evang. Schule zu Leubel 1 Thlr. 26 Sgr., Vom Lehrer das. 20 Sgr., Bestand der Gesellschaftskasse der Familie Bie und Herz 7 Thlr. 15 Sgr., Brandtweinbrenner Karl Schirdewahn 2 Thlr., Rector Gröger in Grottkau (4. Samml.) 1 Thlr., Kaufmann Rob. Hoyer 2 Thlr., Sammlung durch Herrn Oberlehrer Thiemich 5 Thlr. 23 Sgr., Frau Rosalie Schloßmann 5 Thlr., Rendant Päschke 2 Thlr., Von den Hospitaliten des reformirten Hospitals 1 Thlr. 20 Sgr., C. A. Lucas'sche Minorenne 10 Thlr., Frau Kaufmann Elbel 5 Thlr., Ungenannt 2 Thlr., Comtoirpersonal von Theodor Poser 10 Thlr., Beamte des Kreis-Gerichts zu Schweidnitz 12 Thlr., nachträgl. von Regierungs-Beamten 4 Thlr., Consistorial-Präsident Wunderlich 8 Thlr., Kaufmann Degen 100 Thlr., zusammen 567 Thlr. 1 Sgr., hierzu die früher veröffentlichten 20,726 Thlr. 18 Sgr. 7 Pf., in Summa 21,293 Thlr. 19 Sgr. 7 Pf., und 3 alte Goldstücke.

Breslau, den 27. Januar 1868. [1170]

**Das Comite.** J. Vertr. (gez.) Franck.




Verantwortlicher Redacteur: Dr. Stein.
Druck von Graß, Barth u. Comp. (W. Friedrich) in Breslau.